

00

Statistische Grundlagen und Übersichten

021-1100

Taschenstatistik der Schweiz 2011



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Statistik BFS

Bundesamt für Statistik

Espace de l'Europe 10
CH-2010 Neuchâtel

Auskünfte:

Telefon 032 713 60 11

Telefax 032 713 60 12

Bestellung von Publikationen:

Telefon 032 713 60 60

Telefax 032 713 60 61

www.statistik.admin.ch

Zeichenerklärung:

Drei Punkte (...) anstelle einer Zahl bedeuten, dass diese unbekannt ist, weil (noch) nicht erhoben oder (noch) nicht berechnet.

Ein Strich (-) anstelle einer Zahl steht für den Wert absolut null.

Eine Zahl mit hochgestelltem «p» bedeutet, dass diese provisorisch ist.

Abkürzungen Kantonsnamen:

Erklärung in Tabelle auf Seite 4.

Rundung:

Im Allgemeinen wird ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Bei Differenzen zwischen addierten Teilsommen und Gesamtsumme werden die Einzelwerte also nicht angepasst.

Quellen:

Bei der Wiedergabe von statistischen Ergebnissen wurde in der Regel auf Quellenangaben verzichtet. Entsprechende Informationen finden sich im Portal «Statistik Schweiz» www.statistik.admin.ch

Herausgeber:

Bundesamt für Statistik

Sektion Diffusion und Amtspublikationen

Februar 2011. Erscheint in deutscher, französischer, italienischer, rätoromanischer und englischer Sprache.

Konzeption und Redaktion:

Bernhard Morgenthaler, Armin Grossenbacher,

Heinz Wyder

Grafiken:

Daniel von Burg

Karten:

Sabine Kuster

Organisation:

Etienne Burnier

Layout:

Pierre-Alain Baeriswyl, Daniel von Burg

Titelseite:

Netthoevel & Gaberthüel, Biel;

Foto: © Marzanna Syncerz – Fotolia.com

Grafisches Konzept:

Roland Hirter, Bern

Bestellnummer:

021-1100

ISBN:

978-3-303-00440-1

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Bevölkerung	4
Raum und Umwelt	9
Arbeit und Erwerb	11
Volkswirtschaft	14
Preise	16
Industrie und Dienstleistungen	17
Land- und Forstwirtschaft	20
Energie	21
Bau- und Wohnungswesen	22
Tourismus	23
Mobilität und Verkehr	24
Die Schweiz und Europa	26
Banken, Versicherungen	28
Soziale Sicherheit	29
Gesundheit	32
Bildung und Wissenschaft	34
Kultur, Medien und Informationsgesellschaft	37
Politik	39
Öffentliche Finanzen	41
Kriminalität und Strafrecht	43
Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung	45
Nachhaltige Entwicklung	49
Regionale Disparitäten	50
Die Schweiz und ihre Kantone	51

Die handliche Taschenstatistik der Schweiz ist eine überall und rasch verfügbare statistische Notration. In deutscher, französischer, italienischer, englischer und rätoromanischer Sprache erscheinend, vermittelt sie eine zusammenfassende Auswahl aus einem riesigen Datenmaterial, das in ausführlicher Form in verschiedensten Informationsmitteln des Bundesamtes für Statistik (BFS) greifbar ist.

Wer sich ausführlicher zu einzelnen Themen informieren will, greift mit Gewinn zum zeitgleich erschienenen neuen «Statistischen Jahrbuch der Schweiz 2011». Dieses liefert nicht nur detailliertere Daten, sondern auch Angaben zu den Methoden und Definitionen, die hinter den Statistiken stehen. Mit der CD-ROM, die dem Jahrbuch beiliegt, sind die Texte, Grafiken und Tabellen elektronisch greifbar, und im interaktiven elektronischen Atlas sind internationale Vergleiche rasch und informativ auf dem Bildschirm präsent.

Wer schliesslich stets die aktuellsten statistischen Informationen sucht, macht dies online im Portal «Statistik Schweiz» www.statistik.ch. Das vom BFS betriebene Portal bietet einen attraktiven Zugang zu einer Fülle von statistischen Informationen. Jeweils am Fuss der Taschenstatistik-Seiten sind die Pfade auf die entsprechenden Themenbereiche des Portals vermerkt – so verbindet sich handlicher Druck mit aktuellem Web.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre der neuen Taschenstatistik und ein spannendes Surfen in den verschiedenen Informationsmitteln.

Dr. Jürg Marti

Direktor
Bundesamt für Statistik (BFS)

Neuchâtel, Januar 2011

Weitere Informationsquellen:

- Pressemitteilungen als Newsletter: Die Pressemitteilungen des BFS können im Originalwortlaut als direkte Newsletter auf Ihre E-Mail-Adresse abonniert werden – prompt und gratis.
Anmeldung: www.news-stat.admin.ch
- Neues im Portal: die aktuellsten Veröffentlichungen des BFS, zu thematischen Paketen zusammengefasst.
www.statistik.ch → Aktuell → Neues im Portal.
- Antworten auf spezifische Fragen erteilt das Informationszentrum für Statistik, Telefon 032 713 60 11 oder per E-Mail an:
info@bfs.admin.ch

Ständige Wohnbevölkerung in den Kantonen 2009

	Total in 1000	Ausländer in %	Städtisch in %	Dichte je km ²	Wachstum 1999–2009 in %
Schweiz	7 785,8	22,0	73,6	195	8,7
Zürich (ZH)	1 351,3	23,7	95,1	814	12,7
Bern (BE)	974,2	13,0	62,5	167	3,3
Luzern (LU)	373,0	16,4	51,0	261	8,0
Uri (UR)	35,3	9,4	0,0	33	-0,4
Schwyz (SZ)	144,7	18,0	80,2	170	12,8
Obwalden (OW)	35,0	12,9	0,0	73	8,7
Nidwalden (NW)	40,8	10,7	87,7	169	8,3
Glarus (GL)	38,5	19,8	0,0	57	-0,6
Zug (ZG)	110,9	23,3	96,1	535	13,4
Freiburg (FR)	273,2	17,7	55,6	171	16,6
Solothurn (SO)	252,7	19,3	77,3	320	3,6
Basel-Stadt (BS)	187,9	31,5	100,0	5 078	-0,3
Basel-Landschaft (BL)	272,8	18,9	91,8	527	5,5
Schaffhausen (SH)	75,7	22,9	75,7	254	2,9
Appenzell A. Rh. (AR)	53,0	13,9	53,2	218	-1,3
Appenzell I. Rh. (AI)	15,7	10,0	0,0	91	4,9
St. Gallen (SG)	474,7	21,7	67,0	243	6,0
Graubünden (GR)	191,9	16,1	50,0	27	3,1
Aargau (AG)	600,0	21,5	65,7	430	11,0
Thurgau (TG)	244,8	21,0	49,6	284	7,7
Tessin (TI)	335,7	25,4	87,2	122	8,8
Waadt (VD)	701,5	30,5	74,7	249	13,8
Wallis (VS)	307,4	20,4	56,8	59	11,5
Neuenburg (NE)	171,6	23,1	74,5	239	3,6
Genf (GE)	453,3	38,7	99,2	1 844	12,5
Jura (JU)	70,1	12,3	30,3	84	1,9

Ständige Wohnbevölkerung in den grossen Städten 2009

	Stadt		Agglomeration	
	in 1000	Wachstum in % 1999–2009	in 1000	Wachstum in % 1999–2009
Total	1 069,5	6,7	3 008,2	10,3
Zürich	368,7	9,5	1 170,2	13,0
Genf	186,0	7,2	521,4	13,4
Basel	166,2	-0,3	498,0	4,2
Bern	123,5	0,6	350,8	3,4
Lausanne	125,9	9,9	330,9	12,0
Winterthur	99,4	12,9	137,0	14,0

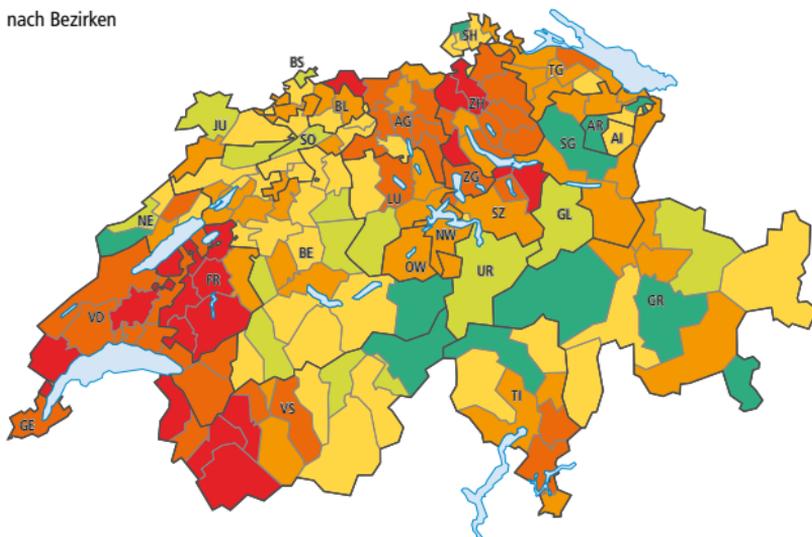
Die Bevölkerung ist mehrheitlich städtisch

74% der Bevölkerung wohnen heute (2009) in städtischen Gebieten; 1930 waren es lediglich 36% gewesen. Rund die Hälfte der städtischen Bevölkerung wohnt in den Agglomerationen der fünf Grossstädte Zürich, Basel, Genf, Bern und Lausanne.

Das Bevölkerungswachstum in den städtischen Regionen ist seit dem Jahr 2000 ausgeprägter als in den ländlichen Gebieten (2009: +1,2% gegenüber +0,9%).

Bevölkerungswachstum 1999–2009

nach Bezirken



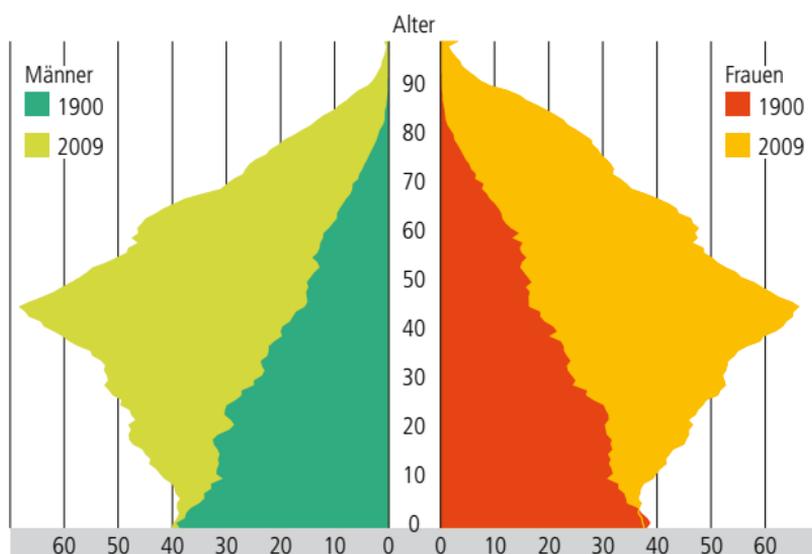
Veränderung der ständigen Wohnbevölkerung, in %

CH: +8,7 %



Altersaufbau der Bevölkerung

Anzahl Personen in 1000



Eine alternde Gesellschaft

Im Laufe des 20. Jahrhunderts ist der Anteil der älteren Menschen gestiegen, während derjenige der Jugendlichen (unter 20 Jahren) und der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) gesunken ist. Die Form der Alterspyramide hat sich dabei von einer «Pyramide» (1900) zu einer «Tanne» (2009) gewandelt, wobei die geburtenstarken Jahrgänge 1959 bis 1971 dominieren. Ihnen stehen eine schwächer besetzte Jugendgeneration und eine wachsende Zahl älterer Menschen gegenüber. Die Alterung wird sich fortsetzen. Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren dürfte bis 2060 von 17% (2009) auf rund 28% ansteigen. Das Bevölkerungswachstum in der Schweiz ist in den letzten Jahren vor allem auf den Einwanderungsüberschuss zurückzuführen und nur zu einem geringen Teil auf den Geburtenüberschuss.

Lebendgeborene 2009

Total	78 286
Knaben je 100 Mädchen	106,7
Anteil nicht ehelicher Lebendgeborener in %	17,9
Kinder je Frau ¹	1,50

1 Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt, wenn man die altersspezifischen Geburtenziffern im Beobachtungsjahr zu Grunde legt

Todesfälle 2009

Total	62 476
Alter der Gestorbenen	
0–19 Jahre	586
20–39 Jahre	1 003
40–64 Jahre	8 123
65–79 Jahre	15 996
≥ 80 Jahre	36 768

Internationale Wanderungen 2009

Eingewanderte Personen	160 623
davon Ausländer	138 269
Ausgewanderte Personen	86 036
davon Ausländer	59 236
Wanderungssaldo	74 587
Schweizer	–4 446
Ausländer	79 033

Binnenwanderungen² 2009

Total Zu- und Wegzüge	433 466
------------------------------	----------------

2 Wanderungen zwischen den politischen Gemeinden, ohne Wanderungen innerhalb einer Gemeinde

Heiraten 2009

Total	41 918
Schweizer/Schweizerin	21 538
Schweizer/Ausländerin	8 245
Ausländer/Schweizerin	6 753
Ausländer/Ausländerin	5 382
Durchschnittsalter bei der Heirat (Jahre)	
Ledige Männer	31,5
Ledige Frauen	29,2

Scheidungen 2009

Total	19 321
mit unmündigen Kindern (%)	44,1
Ehedauer	
0–4 Jahre	2 026
5–9 Jahre	5 462
10–14 Jahre	3 598
15 und mehr Jahre	8 235
Zusammengefasste Scheidungsziffer ³	47,7

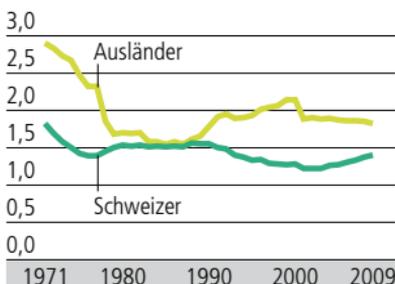
3 Anteil der Ehen, die früher oder später geschieden werden, wenn das Scheidungsverhalten im Beobachtungsjahr zu Grunde gelegt wird

Mehrlingsgeburten⁴ 2009

Total	1 440
davon Zwillingsgeburten	1 415

4 Anzahl Entbindungen; lebend- und totgeborene Kinder

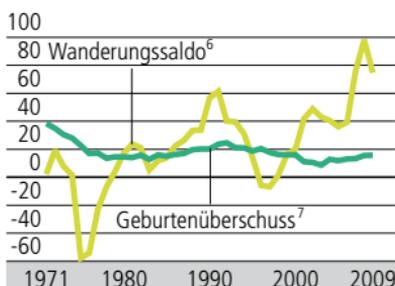
Zusammengefasste Geburtenziffer⁵



5 Kinder je Frau; siehe Anmerkung 1

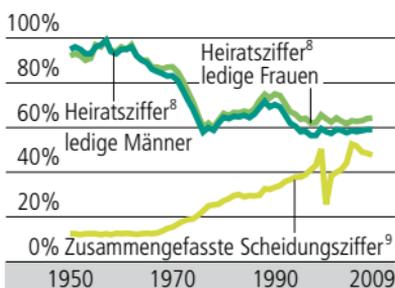
Wanderungssaldo und Geburtenüberschuss

in 1000



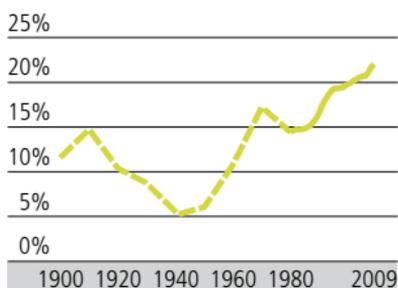
6 Inkl. Statuswechsel: Wechsel von einer Anwesenheitsbewilligung mit einer Gültigkeit von weniger als 12 Monaten zu einer Anwesenheitsbewilligung mit einer Gültigkeit von 12 Monaten oder mehr
7 Lebendgeburten minus Todesfälle

Heiraten und Scheidungen



8 Anteil (%) der ledigen Männer, bzw. Frauen jünger als 50 Jahre, die im Laufe der Zeit heiraten werden, wenn das Heiratsverhalten im Beobachtungsjahr zu Grunde gelegt wird
9 Siehe Anmerkung 3

Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung

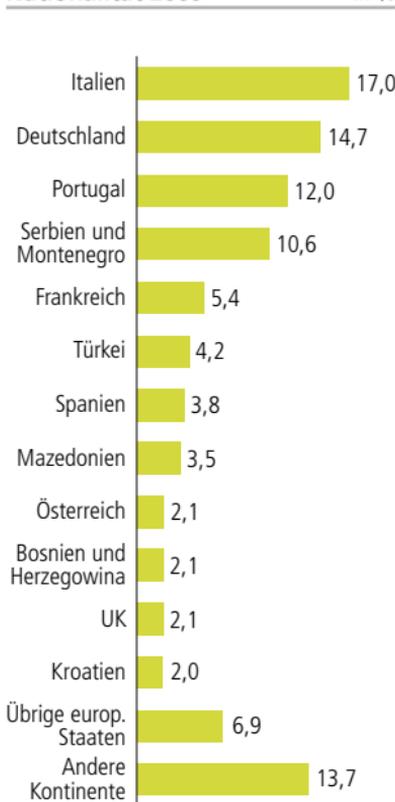


Ausländische Wohnbevölkerung nach Anwesenheitsbewilligung 2009

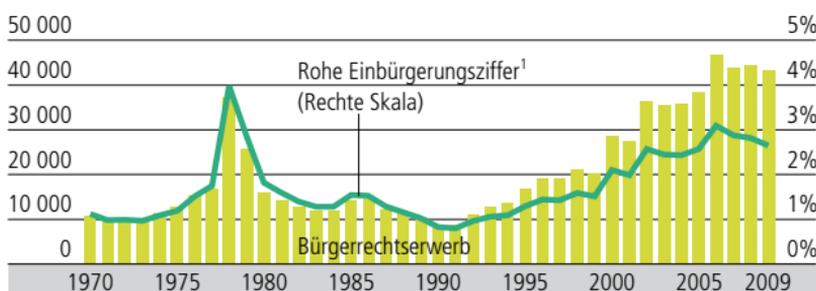
in 1000	
Total 1	1 802,3
Aufenthalter (Ausweis B)	550,7
Niedergelassene (Ausweis C)	1 111,3
Kurzaufenthalter (≥ 12 Monate) (Ausweis L)	18,3
Internationale Funktionäre und Diplomaten	29,8
Kurzaufenthalter (< 12 Monate) (Ausweis L)	48,0
Asylsuchende (Ausweis N)	17,6
Vorläufig Aufgenommene (Ausweis F)	22,7

1 Inkl. Ausgleichsbestand

Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Nationalität 2009



Erwerb des Schweizer Bürgerrechts



1 Anzahl Bürgerrechtserwerbe in % der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung

Ausländische Bevölkerung: gut die Hälfte ist in der Schweiz geboren oder seit über 15 Jahren hier wohnhaft

Der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung liegt bei 22%. Über die Hälfte der Einwohner ohne Schweizer Pass (52%) lebt seit mehr als 15 Jahren hier oder ist schon hier geboren. Im Jahr 2009 haben 43 400 Personen (2,6% der ausländischen Wohnbevölkerung) die schweizerische Staatsbürgerschaft erworben, was im europäischen Vergleich eine geringe Zahl ist. Die ausländische Bevölkerung ist jung: Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) entfallen nur deren 11 im Alter ab 65 Jahren (Schweizer: 33). 26% der 2009 in der Schweiz geborenen Kinder besitzen eine ausländische Staatsbürgerschaft. 2009 ist die Zahl der Einwanderungen gegenüber dem Vorjahr um 13% gesunken. Dabei stammten 66% der Eingewanderten aus dem EU/EFTA-Raum.

Die Formen des Zusammenlebens ändern sich

Immer weniger Leute leben in einem Familienhaushalt mit Kindern: 1970 waren es 65%, heute (2009) sind es 48%. Immer mehr leben allein (7% bzw. 17%) oder in Paarhaushalten ohne Kinder (18% bzw. 27%).

Der Entscheid zu Heirat und Gründung einer Familie fällt immer später: Das Erstheiratsalter hat bei den Frauen von 24 (1970) auf 29 Jahre (2009) zugenommen, bei den Männern von 26 auf 31 Jahre; das Alter der Mütter bei der ersten Geburt ist von durchschnittlich 25 auf 30 Jahre gestiegen.

Das traditionelle bürgerliche «Alleinernährermodell» ist heute die Ausnahme: zwei Drittel der Mütter in Paarhaushalten mit jüngstem Kind unter 7 Jahren (69%) sind erwerbstätig – allerdings meist nur teilzeitlich, denn nach wie vor gilt in den meisten Familien: Erwerbsarbeit leisten überwiegend die Väter (in der Regel vollzeitlich), Haus- und Familienarbeit hauptsächlich die Mütter (vgl. S. 48).

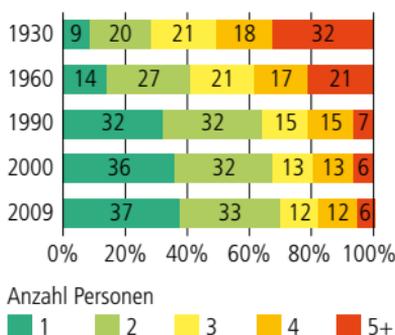
Immer mehr Kinder wohnen nur noch bei einem Elternteil. Dieser Anteil ist bei den 15- bis 19-Jährigen besonders hoch (2009: 17%; 1980: 11%).

Sprachen 2000 ¹	in %
Deutsch	63,7
Französisch	20,4
Italienisch	6,5
Serbisch und Kroatisch	1,5
Albanisch	1,3
Portugiesisch	1,2
Spanisch	1,1
Englisch	1,0
Türkische Sprachen	0,6
Rätoromanisch	0,5
Übrige slawische Sprachen	0,3
Übrige Sprachen	1,9

¹ Bevölkerung nach Hauptsprachen

Haushaltsgrösse

Nur Privathaushalte

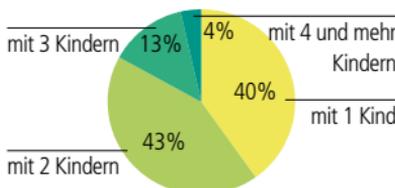


Privathaushalte 2009

	in 1000
Total	3 399,3
Einpersonenhaushalte	1 268,3
Familienhaushalte	2 089,0
Paare ohne Kinder	971,5
Paare mit Kindern	901,5
Elternteil mit Kindern	182,8
Einzelperson mit Elternteil	33,2
Nichtfamilienhaushalte	42,1

Familienhaushalte mit Kindern 2000

Nur ledige Kinder unter 18 Jahre



Religionszugehörigkeit 2000

Religion	in %
Protestantisch ¹	35,3
Römisch-katholisch	41,8
Christkatholisch	0,2
Christlich-orthodox	1,8
Andere christliche Gemeinschaften	0,2
Jüdische Glaubensgemeinschaft	0,2
Islamische Gemeinschaften	4,3
Andere Kirchen und Religionsgemeinschaften	0,8
Keine Zugehörigkeit	11,1
Ohne Angabe	4,3

¹ Inkl. Neuapostolische Kirchen und Zeugen Jehovas

Witterung 2009

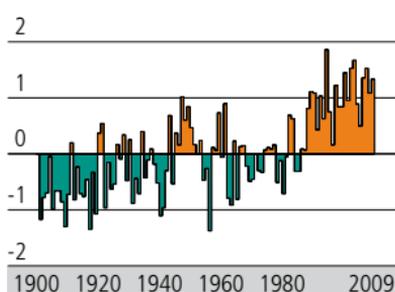
Station	Mittlere Lufttemperatur		Jährliche Niederschlagsmenge		Jährliche Sonnenscheindauer	
	°C	Abw. ¹ in °C	mm	Index ²	Std.	Index ²
Lugano (273 m ü. M.)	13,2	1,6	1 680	109	2 250	111
Basel-Binningen (316)	11,1	1,5	765	98	1 677	105
Genf-Cointrin (420)	11,2	1,6	886	93	2 014	119
Neuenburg (485)	10,8	1,5	780	84	1 822	118
Sitten (482)	10,7	1,5	516	86	2 201	111
Zürich / Fluntern (556)	9,9	1,4	1 098	101	1 676	113
Bern-Zollikofen (553)	9,4	1,5	959	93	1 890	115
St. Gallen (776)	8,9	1,5	1 246	100	1 636	123
Davos (1594)	3,8	1,0	929	93	1 716	102

1 Abweichung vom langjährigen Mittelwert (1961–1990)

2 100 = langjähriger Mittelwert (1961–1990)

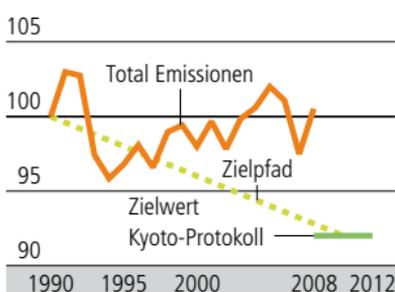
Temperaturabweichung

von Mittelwert 1961–1990, in °C



Treibhausgas-Emissionen

Index 1990=100



Klimawandel

Durch den stetig zunehmenden Ausstoss von Treibhausgasen beeinflusst der Mensch zusehends das Klimasystem der Erde; dies lässt sich an steigenden Temperaturen ausserhalb der natürlichen Schwankungsbereiche ablesen. Die Emissionen stammen hauptsächlich vom Verkehr (insbesondere Strassenverkehr), von den Haushalten (Gebäudebeheizung und Warmwasser) und der Industrie.

Bodennutzung

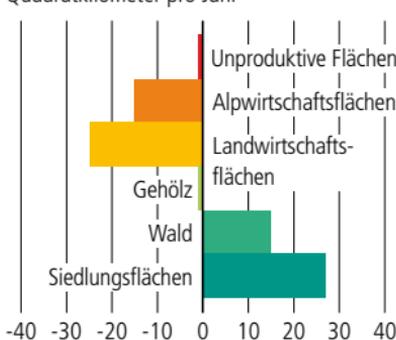
Erhebungsperiode 1992–1997

	km ²	%
Gesamtfläche	41 285	100
Wald, Gehölze	12 716	30,8
Landwirtschaftsflächen	9 873	23,9
Alpwirtschaftsflächen	5 378	13,0
Siedlungsfläche	2 791	6,8
Gewässer	1 740	4,2
Andere unprod. Flächen	8 787	21,3

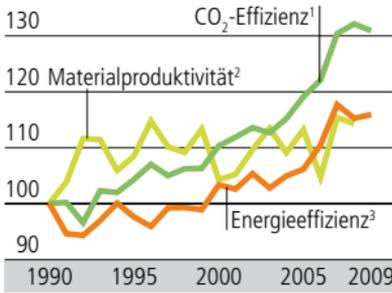
Bodennutzungswandel

Entwicklung 1979/85–1992/97

Quadratkilometer pro Jahr



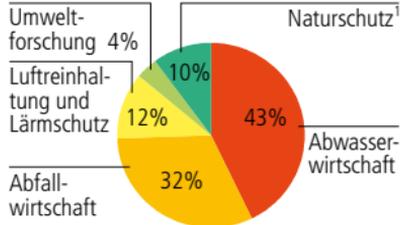
Ökoeffizienz
Index 1990=100



- 1 BIP / CO₂-Emissionen
- 2 BIP / Totaler Materialaufwand
- 3 BIP / Endenergieverbrauch

Öffentliche Ausgaben im Umweltschutz 2008

Total: 4,0 Mrd. Fr.



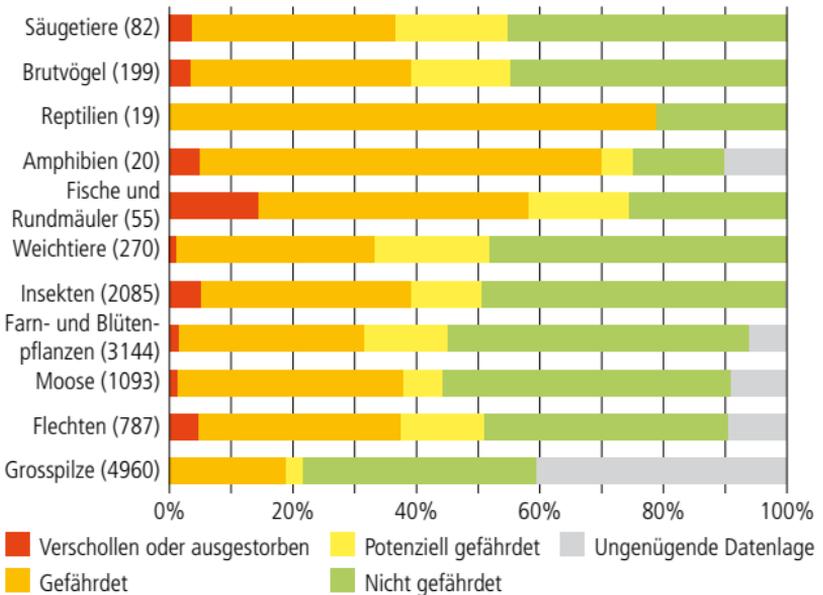
¹ Inkl. Direktzahlungen an die Landwirtschaft für ökologische Leistungen

Ökoeffizienz

Eine Steigerung der Ökoeffizienz wird dadurch erreicht, dass im Verhältnis zum ausgestossenen CO₂, zur benötigten Energiemenge oder zum globalen Materialaufwand höhere Geldmengen erwirtschaftet werden. Eine steigende Effizienz kann aber auch darauf hindeuten, dass der Dienstleistungssektor auf Kosten des energie-, material- und CO₂-intensiven Industriesektors an Bedeutung gewinnt und dass umweltbelastende Produktionsprozesse ins Ausland verlagert worden sind.

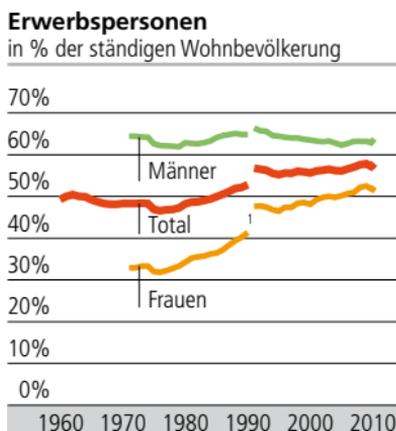
Biodiversität – bedrohte Arten

Stand: 1994–2010 je nach Artengruppe

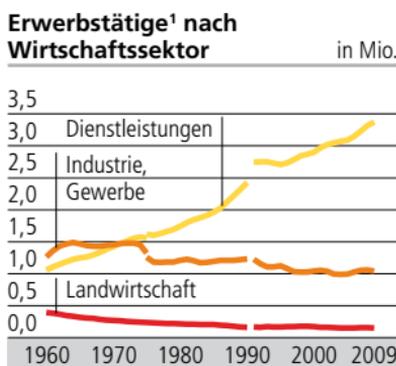
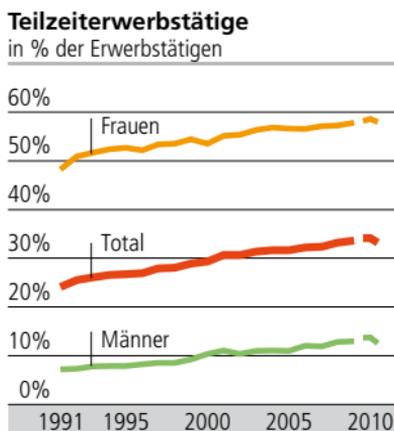


Der landschaftliche Reichtum der Schweiz zeigt sich in einer Vielzahl unterschiedlicher Lebensräume für Pflanzen und Tiere – entsprechend günstig sind die Voraussetzungen für eine hohe Biodiversität. Das Wirken des Menschen übt jedoch grossen Druck auf die biologische Vielfalt aus. Während die landschaftliche Umgestaltung durch den Menschen durchaus auch Lebensräume für neue Arten schafft, führt die weiter zunehmende Uniformisierung und intensivierte Nutzung der Landschaft unweigerlich zu Populationsrückgängen und letztlich zu Artenverlusten.

► www.statistik.admin.ch → Themen → Raum, Umwelt



1 Ab 1991 neue Berechnungsmethode



1 Ab 1975 bzw. 1991 neue Berechnungsmethode

Erwerbstätige nach Erwerbsstatus¹

2. Quartal, ständige Wohnbevölkerung, in 1000

	2009	2010
Total	4 268	4 282
Selbständige	558	571
Mitarbeitende	93	85
Familienmitglieder		
Arbeitnehmende	3 383	3 398
Lehrlinge	234	228

1 Soziologische Definition

Erwerbstätige nach Aufenthaltsstatus und Geschlecht

in 1000

	1991	1995	2000	2007	2008	2009
Total	4 136	3 996	4 116	4 440	4 536	4 568
Schweizer/innen	3 080	3 010	3 142	3 289	3 331	3 334
Ausländer/innen	1 055	987	974	1 151	1 205	1 234
Niedergelassene	555	563	592	585	604	610
Aufenthalter/innen	179	203	183	279	316	339
Saisonniers ¹	85	38	23	–	–	–
Grenzgänger/innen	182	147	142	203	214	220
Kurzaufenthalter/innen	21	18	19	65	50	46
Übrige Ausländer/innen	33	17	15	20	21	19
Männer	2 423	2 306	2 320	2 461	2 496	2 497
Frauen	1 713	1 690	1 796	1 979	2 040	2 071

1 Saisonarbeiterbewilligungen werden seit dem 1.6.2002 nicht mehr ausgestellt

Starke Zunahme der erwerbstätigen Frauen

Zwischen 2004 und 2010 hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen (+10,2% auf 2,060 Mio.) stärker zugenommen als diejenige der erwerbstätigen Männer (+8,4% auf 2,528 Mio.). Frauen vereinen zunehmend Berufs- und Familienleben und besetzen mehrheitlich Teilzeitstellen. So arbeiten im Jahr 2009 57,8% der Frauen Teilzeit (2004: 56,8%). Von den Männern hingegen sind lediglich 13% teilzeitlich erwerbstätig, doch auch bei ihnen hat die Teilzeiterwerbstätigkeit seit 2004 leicht zugenommen (+2 Prozentpunkte). Die erhöhte Erwerbsbeteiligung der Frauen wurde auch durch die Tertiärisierung der Wirtschaft begünstigt, denn 86,7% der erwerbstätigen Frauen arbeiten 2009 im tertiären Sektor (Männer: 64,3%).

Ausländische Arbeitskräfte

Ein wichtiger Faktor auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt sind die ausländischen Arbeitskräfte. Das starke Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wäre ohne den Zustrom der «Gastarbeiter» nicht möglich gewesen. Ihr Anteil übersteigt seit den 60er-Jahren stets 20% und beträgt 2010 27,2%. Besonderes Gewicht haben die Ausländerinnen und Ausländer im Industriesektor (2010: 36,2%; Dienstleistungssektor: 25,1%).

Zwei Drittel der ausländischen Erwerbstätigen (2009: 67,8%) sind Staatsangehörige eines EU- oder EFTA-Landes. Davon stammen rund die Hälfte aus Deutschland (25,8%) und Italien (24,8%).

Von den ausländischen Erwerbspersonen, die in den vergangenen 10 Jahren in die Schweiz eingewandert sind, haben über vier Fünftel (83,4%) eine Ausbildung auf Sekundarstufe II oder Tertiärstufe abgeschlossen. Bei den Ausländerinnen und Ausländern, die früher zugewandert sind, beträgt der entsprechende Anteil nur 61,2%.

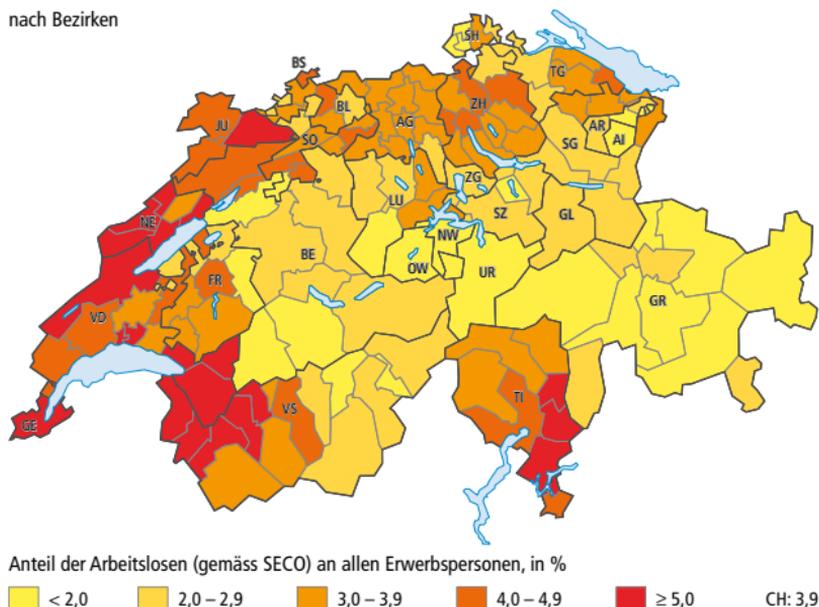
Arbeitslosigkeit¹

	1991	1995	2000	2009	2010
Arbeitslose	39 222	153 316	71 987	146 089	151 986
Anteil Langzeitarbeitslose ² in %	4,4	28,7	20,1	13,1	21,4
Arbeitslosenquote in %	1,1	4,2	1,8	3,7	3,9
Männer	1,0	3,9	1,7	3,7	3,8
Frauen	1,2	4,8	2,0	3,7	3,9
Schweizer	0,8	3,2	1,3	2,7	2,8
Ausländer	2,1	8,0	3,7	7,2	7,5
15–24 Jahre	1,1	3,9	1,8	4,6	4,4

1 Arbeitslosigkeit gem. SECO – Erwerbslosenquote gemäss internationaler Definition: siehe Seite 26
 2 Dauer der Arbeitslosigkeit > 12 Monate

Arbeitslosenquote 2010

nach Bezirken



Lohnniveau 2008

Monatlicher Bruttolohn, Median¹

	Total	Anforderungsniveau ²			
		a	b	c	d
Schweiz³	5 823	10 936	6 995	5 622	4 466
Genferseeregion (VD, VS, GE)	5 938	10 880	7 205	5 958	4 593
Espace Mittelland (BE, FR, SO, NE, JU)	5 716	10 273	6 705	5 571	4 528
Nordwestschweiz (BS, BL, AG)	6 095	11 664	7 150	5 844	4 610
Zürich (ZH)	6 250	12 656	7 771	5 678	4 420
Ostschweiz (GL, SH, AR, AI, SG, GR, TG)	5 439	9 286	6 346	5 302	4 372
Zentralschweiz (LU, UR, SZ, OW, NW, ZG)	5 674	10 172	6 588	5 416	4 436
Tessin (TI)	4 983	8 770	5 762	5 195	3 953

Monatlicher Bruttolohn, privater und öffentlicher Sektor 2008

Zentralwert, Median¹

	Total	Anforderungsniveau ²		
		a + b	c	d
Kommunaler öffentlicher Sektor	7 202	8 263	6 865	5 424
Kantonaler öffentlicher Sektor	7 515	9 090	6 775	5 337
Bund	6 985	9 781	6 825	5 525
Privater Sektor, insgesamt	5 777	7 455	5 560	4 422
Privater Sektor, Unternehmen mit weniger als 5 Beschäftigte	5 023	5 940	4 670	3 850
Privater Sektor, Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigte	6 454	9 609	6 107	4 477

1 Standardisierter Monatslohn: Vollzeitäquivalent basierend auf 4 1/3 Wochen à 40 Arbeitsstunden

2 Anforderungsniveau

a = Verrichtung höchst anspruchsvoller und schwierigster Arbeiten

b = Verrichtung selbstständiger und qualifizierter Arbeiten

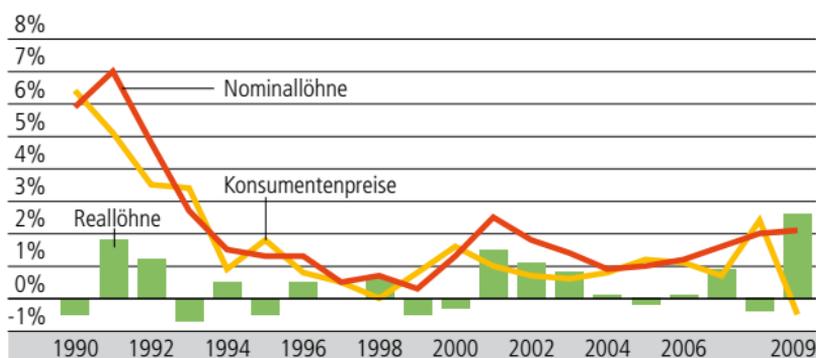
c = Berufs- und Fachkenntnisse vorausgesetzt

d = Einfache und repetitive Tätigkeiten

3 Privater Sektor und öffentlicher Sektor (Bund) zusammen

Entwicklung der Nominallöhne, der Konsumentenpreise und der Reallöhne

Veränderung gegenüber dem Vorjahr



Entwicklung der Reallöhne

Index 1939 = 100

	1980	1990	2000	2007	2008	2009
Total	254	272	279	292	290	298
Männer	241	257	264	274	273	280
Frauen	279	302	311	328	326	335

Deutliche Verschlechterung der Schweizer Wirtschaft im Jahr 2009

Die 2008 angekündigten Anzeichen eines Übergreifens der Finanzkrise auf die Gesamtwirtschaft haben sich 2009 bewahrheitet. Die Schweizer Wirtschaftstätigkeit, gemessen am Bruttoinlandprodukt (BIP), verzeichnete einen deutlichen Rückgang um 1,9 %. Am stärksten haben die Exportbranchen die internationale Konjunkturschwäche zu spüren bekommen. Der Bankensektor litt weiterhin unter den Auswirkungen der Finanzkrise, da sich die Lage auf dem Finanzmarkt nur zögerlich verbesserte.

Nachfrageseitig wurden einerseits zunehmende Konsumausgaben sowie mehr Bauinvestitionen verzeichnet, andererseits aber auch ein Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen und insbesondere ein sehr negativer Beitrag des Aussenhandels.

Nachdem das Bruttonationaleinkommen (BNE) im Jahr 2008 deutlich zurückgegangen war, konnten die Einkommen der gebietsansässigen Einheiten 2009 eine Zunahme von 10,2 % verbuchen. Dies ist auf die Verbesserung der Situation der Auslandniederlassungen von Schweizer Banken zurückzuführen. Insgesamt ergab sich 2009 wieder ein positiver Einkommenssaldo mit dem Ausland. Die Bilanz weist einen Überschuss von 22 Milliarden auf gegenüber einem Defizit von 38 Milliarden im Jahr 2008.

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) und seine Komponenten

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, zu Preisen des Vorjahres

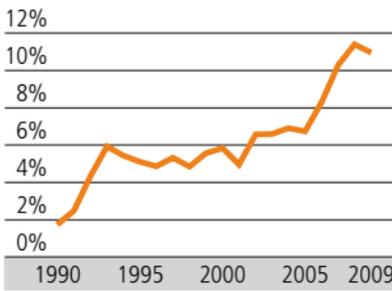
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ^p	2009 ^p
BIP	1,2	0,4	-0,2	2,5	2,6	3,6	3,6	1,9	-1,9
Konsumausgaben	2,6	0,3	1,1	1,4	1,6	1,4	1,9	1,4	1,1
Bruttoinvestitionen	-0,0	-0,6	-1,2	3,5	2,4	1,6	-0,4	-3,4	-0,8
Exporte	0,5	-0,1	-0,5	7,9	7,8	10,3	9,6	3,3	-8,7
Importe	2,3	-1,1	1,3	7,3	6,6	6,5	6,1	0,3	-5,4
BIP in Milliarden Fr. zu laufenden Preisen	430	434	438	451	464	491	521	544	535

Tendenziell zunehmende Bedeutung des Aussenbeitrags

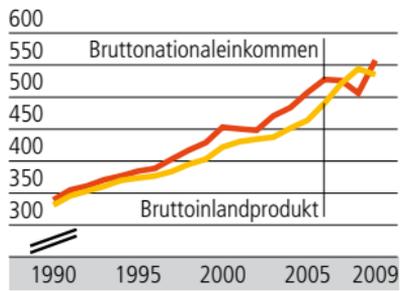
Der Aussenhandel wirkt seit 1997 als Wachstumsmotor. Zeiträume mit einer kräftigen wirtschaftlichen Expansion fallen denn auch mit einem florierenden Aussenhandel zusammen. Die Ausfuhren trugen in wirtschaftlich guten Jahren (1997 bis 2000 und 2004 bis 2007) am meisten zum BIP-Wachstum bei. Durch die dynamischen Exporte ist der Anteil des Aussenbeitrags (Ausfuhren minus Einfuhren) am BIP gewachsen, was die zunehmende Bedeutung der übrigen Welt für die Schweizer Wirtschaft aufzeigt. Im Jahr 2009 spürte die Schweiz deshalb auch deutlich die weltwirtschaftliche Verlangsamung. Diese hatte einen negativen Beitrag des Aussenhandels zur Folge und trägt signifikant zum Rückgang des BIP bei.

Die zunehmende Bedeutung der übrigen Welt zeigt sich auch bei den im Ausland erwirtschafteten Erträgen: Diese spielen eine immer grössere Rolle für das Bruttonationaleinkommen (BNE), das in der Regel höher ausfällt als das BIP. Die Jahre 2007 und 2008 heben sich mit einem deutlich weniger dynamischen BNE von diesem Trend klar ab. Verantwortlich dafür waren die Verluste der Niederlassungen von Schweizer Banken im Ausland.

Anteil des Aussenbeitrags am BIP zu laufenden Preisen

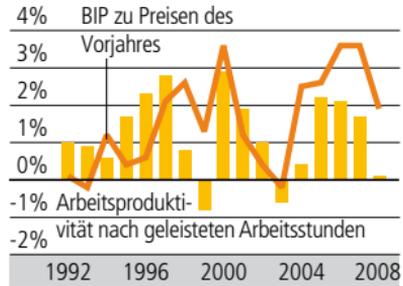


BIP und BNE zu laufenden Preisen in Milliarden Schweizer Franken



Wenn die anhand des BIP gemessene Wirtschaftstätigkeit bekannt ist, kann auch die Effizienz untersucht werden, mit der die Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) zum Einsatz kommen. Die Effizienz der Arbeit ergibt sich aus der Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden, d.h. aus der Wertschöpfung, die in einer Arbeitsstunde geschaffen wird.

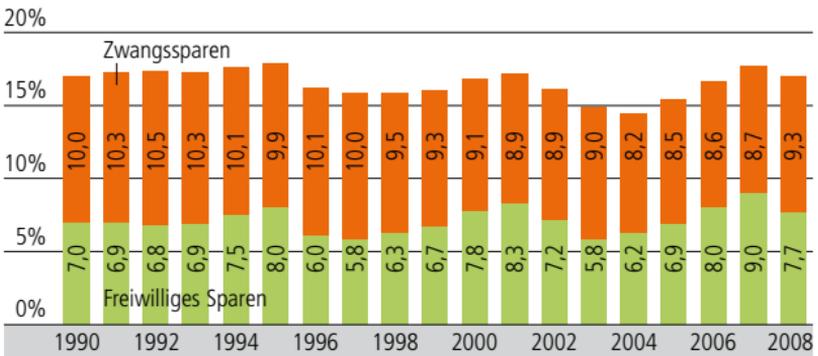
Jährliche Wachstumsrate



Die Grafik zeigt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden und den Verlauf des BIP. Im Allgemeinen sind bei diesen beiden Kurven ähnliche Trends auszumachen. In einer Expansionsphase (wachsendes BIP) steigt meistens auch die Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden, in einer Phase der konjunkturellen Verlangsamung (stagnierendes oder rückläufiges BIP) nimmt auch die Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden ab.

Sparquote der privaten Haushalte und POoE¹

Anteile am verfügbaren Bruttoeinkommen



¹ Private Organisationen ohne Erwerbscharakter im Dienste der Haushalte

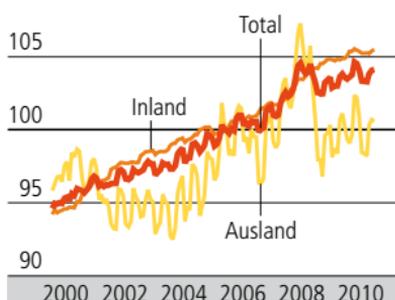
Entwicklung der Konsumentenpreise

Veränderung der Jahresdurchschnitte in %

	2006	2007	2008	2009	2010
Total	1,1	0,7	2,4	-0,5	0,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	0,0	0,5	3,1	-0,2	-1,1
Alkoholische Getränke und Tabak	1,1	2,1	2,6	2,7	1,2
Bekleidung und Schuhe	1,9	0,3	4,0	2,4	1,1
Wohnen und Energie	2,8	2,1	4,9	-1,1	2,4
Hausrat und laufende Haushaltsführung	0,1	0,3	0,8	0,8	-0,4
Gesundheitspflege	0,0	-0,2	-0,2	0,3	-0,2
Verkehr	2,8	1,0	3,5	-3,3	2,4
Nachrichtenübermittlung	-6,9	-3,0	-2,9	-4,9	-1,4
Freizeit und Kultur	-0,2	-0,5	0,6	-0,6	-2,1
Erziehung und Unterricht	1,6	1,6	1,5	1,6	1,2
Restaurants und Hotels	1,2	1,4	2,3	1,7	0,8
Sonstige Waren und Dienstleistungen	0,9	0,1	0,8	0,5	1,3

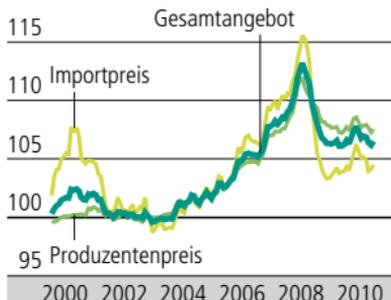
Konsumentenpreise nach Herkunft der Güter

110 Index, Dezember 2005 = 100



Produzenten- und Importpreisindex

120 Index, Mai 2003 = 100



Preisniveauidizes im internationalen Vergleich 2009^P

EU-27 = 100

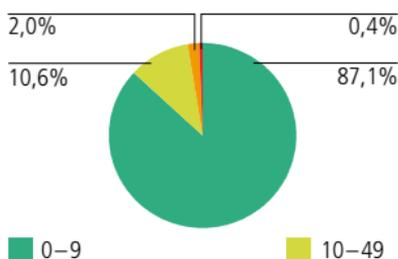
	Schweiz	Deutschland	Frankreich	Italien
Bruttoinlandprodukt	135	107	117	103
Tatsächlicher Individualverbrauch	141	105	115	107
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	140	111	111	108
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	106	103	111	108
Bekleidung und Schuhe	116	104	106	105
Wohnungswesen, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	185	110	127	104
Innenausstattung, Ausrüstungsgegenstände und Haushaltsführung	113	99	109	106
Gesundheitspflege	140	105	113	118
Verkehr	110	108	103	99
Nachrichtenübermittlung	97	94	121	109
Freizeit und Kultur	125	104	112	107
Erziehung und Unterricht	200	106	117	114
Gaststätten und Hotels	129	102	121	110
Sonstige Waren und Dienstleistungen	137	105	114	107
Tatsächlicher Kollektiververbrauch	155	116	134	113
Bruttoanlageinvestitionen	128	114	116	89
Maschinen und Geräte	112	102	103	100
Baugewerbe	150	126	125	83
Software	115	100	104	94

Fortgesetzter Strukturwandel, anhaltende Dominanz der KMU

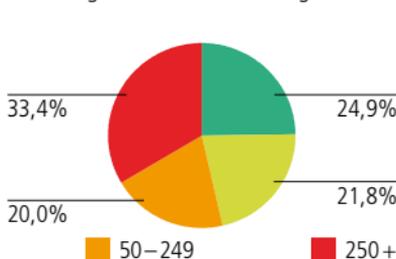
Der Anteil des Tertiärsektors an der Gesamtbeschäftigung ist zwischen 2001 und 2008 von 68,5% auf 69,6% (nur marktwirtschaftliche Unternehmen) gestiegen. Insgesamt sind rund 280 000 neue Stellen entstanden: 51 000 im sekundären und 229 000 im tertiären Sektor (das entspricht einem Wachstum von 5,0% bzw. 10,4%). Am meisten zugelegt haben das «Gesundheits- und Sozialwesen» (um 90 000 bzw. 29,6%) sowie die «Freiberuflichen, wissenschaftlichen und technische Dienstleistungen» (um 39 000 bzw. 17,1%); einzelne Wirtschaftszweige haben Beschäftigungseinbussen hinnehmen müssen: am deutlichsten die «Papier- und Druckindustrie» (–9500 bzw. –18,7%) sowie die «Textil-, Bekleidungs- und lederverarbeitende Industrie» (–4800 bzw. –20,8%). Weiterhin ungebrochen ist die Dominanz der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), also solcher mit weniger als 250 Beschäftigten. Die KMU machen 99,6% der marktwirtschaftlichen Unternehmen und zwei Drittel deren Beschäftigten aus (2008).

Unternehmensgrösse¹ 2008

Unternehmen nach Grössenklassen



Beschäftigte nach Unternehmensgrösse



¹ Nur marktwirtschaftliche Unternehmen. Die Grösse der Unternehmen bemisst sich nach der Zahl der Vollzeitäquivalente (Teilzeit- auf Vollzeitstellen umgerechnet).

Marktwirtschaftliche Unternehmen, Beschäftigte nach Branchen

gemäss NOGA 2008, in 1000	2008	
	Unternehmen	Beschäftigte
Total	312,9	3 494,1
Sektor 2	73,1	1 063,2
davon:		
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,2	4,4
Herstellung von Nahrungsmitteln und Tabakerzeugnissen	2,2	66,5
Herstellung von Textilien und Bekleidung	1,6	18,3
Herstellung von Holzwaren, Papier und Druckerzeugnissen	9,1	80,5
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	0,2	35,2
Herstellung von Metallerzeugnissen	7,5	109,3
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und Uhren	2,2	115,6
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	0,8	42,1
Energieversorgung	0,4	24,4
Hoch- und Tiefbau	5,3	103,3
Sektor 3	239,8	2 430,8
davon:		
Grosshandel	19,8	202,5
Detailhandel	34,7	369,3
Beherbergung	4,8	76,8
Gastronomie	20,8	149,7
Informationstechnologische und Informationsdienstleistungen	11,2	70,5
Erbringung von Finanzdienstleistungen	1,6	131,3
Architektur- und Ingenieurbüros	18,1	93,7
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	11,2	140,0
Gesundheitswesen	16,7	263,5

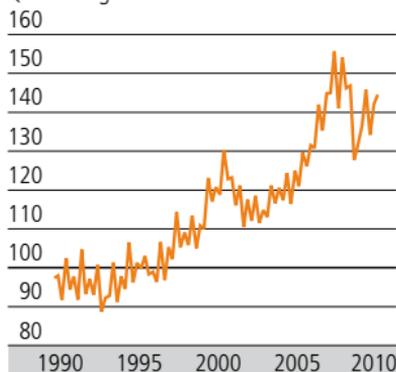
Neugründungen von Unternehmen 2008

Wirtschaftsabteilungen (NOGA 2008)	Neue Unternehmen	Geschaffene Stellen	Geschaffene Vollzeitstellen	Geschaffene Teilzeitstellen
Total	11 596	21 779	14 951	6 828
Sektor 2	2 151	4 224	3 466	758
Industrie und Energie	728	1 385	1 063	322
Baugewerbe	1 423	2 839	2 403	436
Sektor 3	9 445	17 555	11 485	6 070
Handel und Reparaturen	1 960	3 378	2 249	1 129
Verkehr und Lagerei	393	712	567	145
Gastgewerbe, Beherbergung	229	884	473	411
Information und Kommunikation	1 071	1 920	1 402	518
Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	653	1 242	942	300
Immobilienwesen, wirtschaftliche Dienstleistungen	1 119	2 504	1 422	1 082
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	2 975	4 675	3 296	1 379
Unterrichtswesen	181	405	143	262
Gesundheits- und Sozialwesen	259	643	308	335
Kunst, Unterhaltung und Erholung	224	520	277	243
Sonstige Dienstleistungen	381	672	406	266

Produktion im sekundären Sektor

Index: Jahresdurchschnitt 1995=100

Quartalsergebnisse



Insgesamt ist die Produktion im sekundären Sektor (ohne Baugewerbe) zwischen 1990 und 2009 um 51% gewachsen. Die Entwicklung ist stark konjunkturabhängig. So sank die Produktion in den Rezessionsjahren 2002 und 2003 und stieg mit der guten Konjunkturlage ab 2004 wieder an. In Folge der globalen Finanzkrise brach sie Ende 2008 erneut ein.

Detailhandelsumsätze

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

		2005	2006	2007	2008	2009
		nominal	real	nominal	real	nominal
Total	nominal	1,9	2,8	3,5	4,1	0,0
	real	2,2	3,3	4,2	3,1	0,5
davon:						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak und Raucherwaren	nominal	0,5	2,0	2,9	7,4	1,9
	real	0,6	1,9	2,1	4,2	1,7
Bekleidung, Schuhe	nominal	3,9	3,0	4,3	0,3	-1,4
	real	4,4	1,0	4,1	-3,6	-4,0
Treibstoffe	nominal	11,2	8,6	4,5	9,4	-15,4
	real	1,8	1,1	2,0	2,0	-2,2
Total ohne Treibstoffe	nominal	1,6	2,6	3,5	3,9	0,9
	real	2,0	2,9	3,9	2,5	0,9

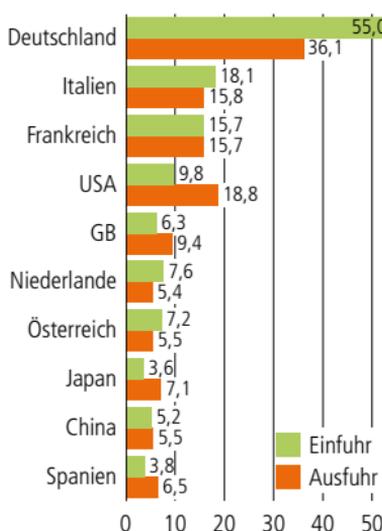
Arbeitskosten

Die Arbeitskosten umfassen die Gesamtheit der von den Arbeitgebern im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften aufgewendeten Kosten und machen in der Regel den grössten Anteil der Produktionskosten aus. Sie setzen sich in der Schweiz wie folgt zusammen: 83,4% entfallen auf Löhne und Gehälter, 15,0% auf Sozialbeiträge der Arbeitgeber und 1,6% auf Kosten für die berufliche Bildung und die Personalrekrutierung sowie auf sonstige Aufwendungen (2008).

Die Arbeitskosten bilden einen Schlüsselindikator zum Vergleich der Attraktivität der einzelnen Wirtschaftsstandorte und variieren stark von Land zu Land. Die Schweiz bildet mit € 33.81 pro geleistete Arbeitsstunde (2006) zusammen mit Dänemark (€ 33.1), Island (€ 32.4) und Schweden (€ 32.2) eine Spitzengruppe. Die Nachbarländer der Schweiz, deren Arbeitskosten das EU-15 Mittel übersteigen (Frankreich, Deutschland und Österreich), verzeichnen Werte zwischen € 26 und € 31.

Aussenhandel: die wichtigsten Partner 2009

in Milliarden Franken



Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den höchsten Anteilen des Aussenhandels am Bruttoinlandprodukt. Die wichtigsten Handelspartner der Schweiz sind 2009 die Industrieländer, mit denen 76,5% der Warenausfuhren und 86,6% der Wareneinfuhren getätigt wurden. Von besonderem Gewicht ist dabei die EU (59,7% der Ausfuhr, 78% der Einfuhr).

Aussenhandel: die wichtigsten Güter

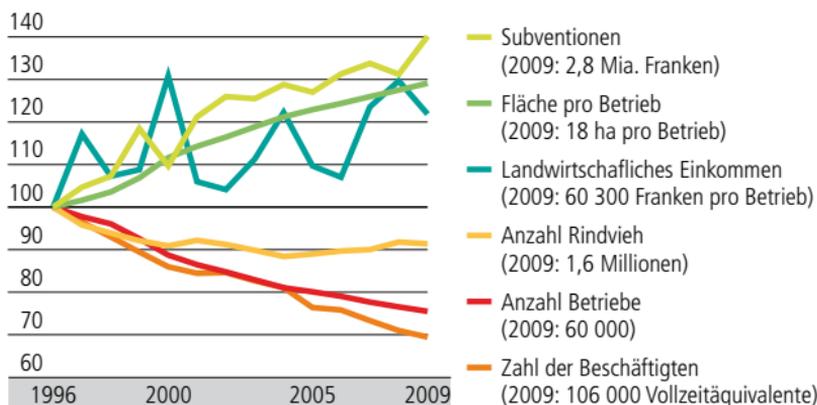
in Millionen Franken

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1990	2008	2009	1990	2008	2009
Total	96 611	197 521	168 998	88 257	215 984	187 448
davon:						
Land- und forstwirtschaftliche Produkte	8 095	14 199	13 306	2 998	8 455	8 262
Textilien, Bekleidung, Schuhe	8 806	10 040	9 042	4 984	4 468	3 688
Chemikalien	10 625	38 272	34 964	18 422	71 918	71 771
Metalle	9 025	18 089	12 323	7 537	15 276	10 489
Maschinen, Elektronik	19 794	35 611	29 250	25 527	43 806	33 741
Fahrzeuge	10 230	16 750	14 961	1 485	6 094	5 343
Instrumente, Uhren	5 786	15 139	15 378	13 330	37 988	32 407

Die landwirtschaftlich genutzten Flächen und die Waldflächen bedecken 37% resp. 31% der Schweizer Landesfläche. Die Landschaft wird also stark von der Land- und Forstwirtschaft geprägt. Zusätzlich zur Produktion von Nahrungsmitteln, Baumaterialien oder erneuerbarer Energie tragen diese beiden Branchen ebenfalls zur Erhaltung der dezentralisierten wirtschaftlichen Tätigkeit, der landschaftlichen Vielfalt und der Biodiversität bei. 2009 trugen diese beiden Branchen zusammen 1,2% zur Bruttowertschöpfung der Schweizer Wirtschaft bei.

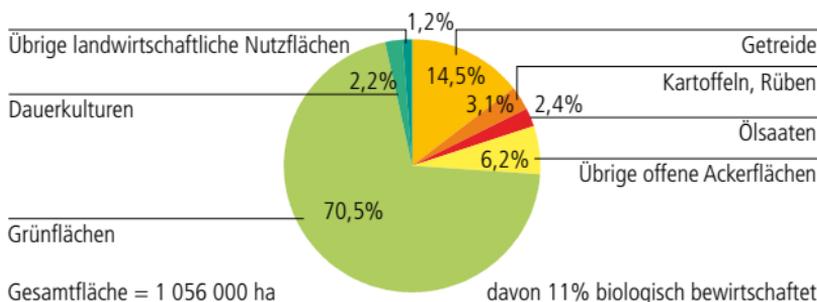
Einige Schlüsselindikatoren der Landwirtschaft

Index 1996=100



Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche 2009

ohne Sömmerungsweiden



Produktionswert¹

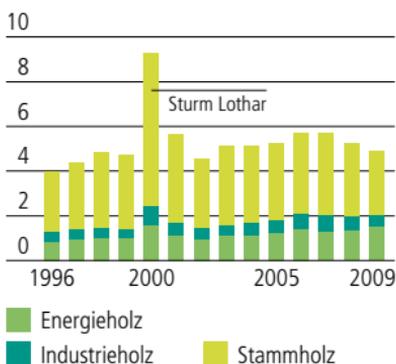
der Landwirtschaft 2009

	in %
Pflanzliche Erzeugung	44,1
Getreide	3,6
Futterpflanzen	11,6
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	14,1
Obst und Weintrauben	5,5
Wein	4,4
Sonstige pflanzliche Erzeugnisse	4,8
Tiere und tierische Erzeugnisse	46,6
Rinder	11,9
Schweine	9,4
Milch	20,5
Sonstige Tiere und tierische Erzeug.	4,7
Landwirtschaftliche Dienstleistungen	6,1
Nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	3,2

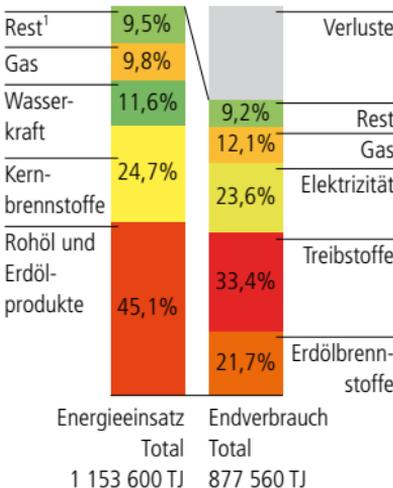
¹ Gesamtwert = 10,7 Milliarden Franken

Holzernte

in Millionen m³



Energieeinsatz und Endverbrauch 2009

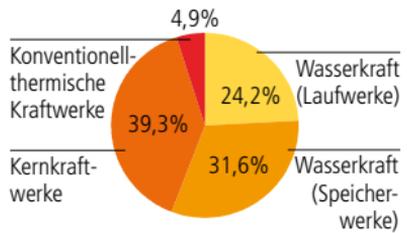


¹ Inkl. Ausfuhrüberschuss an Elektrizität (0,7%)
Total 100,7%

Wachsender Verbrauch

Der Endenergieverbrauch ist eng gekoppelt an Entwicklungen in Wirtschaft und Bevölkerung. Zunehmende Einwohnerzahlen, grössere Wohnungen, wachsende Produktion, steigender Konsum, schwerere Motorfahrzeuge usw. führen trotz verbesserter Energieeffizienz zu einem Mehrverbrauch an Energie. Die grösste der Verbrauchergruppen ist der Verkehr mit rund einem Drittel des Endenergieverbrauchs. Über zwei Drittel des Endverbrauchs wird mit fossilen Brennstoffen gedeckt. 18,9% stammt aus erneuerbaren Energien, vorwiegend aus Wasserkraft.

Elektrizitätsproduktion 2009 nach Kraftwerkategorie



Total: 66,5 Mrd. kWh

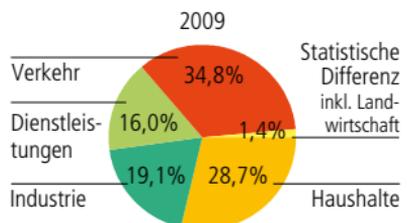
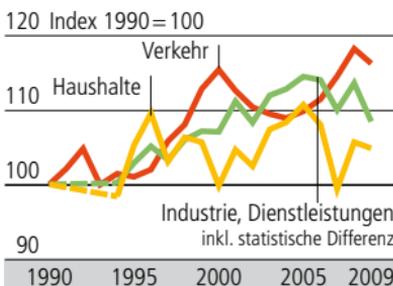
Erneuerbare Energien 2009

Anteil am Endverbrauch	in %
Wasserkraft	12,10
Sonnenenergienutzung	0,21
Umweltwärmenutzung	1,00
Biomassenutzung (Holz und Biogas)	4,14
Windenergienutzung	0,01
Nutzung erneuerbarer Anteile aus Abfall	1,19
Energienutzung in Abwasserreinigungsanlagen	0,20
Biotreibstoffe	0,06

Endenergieverbrauch in 1000 TJ



Endenergieverbrauch nach Verbrauchergruppen



► www.statistik.admin.ch → Themen → Energie

► www.bfe.admin.ch (Bundesamt für Energie) → Themen → Energiestatistiken

Bauausgaben	in Millionen Franken, zu Preisen von 2000				
	1980	1990	2000	2008	2009
Total	34 198	47 588	43 708	45 958	47 379
Öffentliche Ausgaben	11 389	14 507	15 983	14 909	15 399
Tiefbau	6 791	7 740	10 060	9 432	9 617
davon Strassen	5 221	4 115	4 407
Hochbau	4 599	6 767	5 923	5 476	5 783
Übrige Ausgaben	22 809	33 081	27 725	31 048	31 980
davon Wohnen	17 147	20 409	21 494

Wohnungsbau

	1980	1990	2000	2008	2009
Neu erstellte Gebäude mit Wohnungen	20 806	16 162	16 962	16 678	14 166
davon Einfamilienhäuser	16 963	11 200	13 768	11 320	9 149
Neu erstellte Wohnungen mit...	40 876	39 984	32 214	44 191	39 733
1 Zimmer	2 122	2 010	528	635	584
2 Zimmern	4 598	5 248	1 779	3 413	3 591
3 Zimmern	7 094	8 937	4 630	9 174	8 859
4 Zimmern	11 557	12 487	10 783	16 151	14 045
5 Zimmern oder mehr	15 505	11 302	14 494	14 818	12 654

Wohnungsbestand

	1980	1990	2000	2008	2009
Bestand Ende Jahr	2 702 656	3 140 353	3 574 988	3 880 087	3 919 064
davon leer stehend in %	0,74	0,55 ¹	1,26 ¹	0,90 ¹	0,94 ¹

¹ Am 1. Juni des Folgejahres

Trend zu grösseren Wohnungen ...

Die Zahl der Wohnungen wächst schneller als die der Bevölkerung. Zwischen 1990 und 2000 beträgt die Zunahme der Wohnungen 8%, diejenige der Bevölkerung 6%. Die durchschnittliche Personenzahl pro bewohnte Wohnung sank damit von 2,4 auf 2,3. Gleichzeitig stieg die durchschnittliche Wohnfläche pro Person von 39 m² auf 44 m².

... und zu Einfamilienhäusern

Der Anteil der Einfamilienhäuser am gesamten Gebäudebestand nahm zwischen 1970 und 2009 von 40% auf 58% zu. Von den neu erstellten Gebäuden mit Wohnungen sind 2009 65% Einfamilienhäuser. Dies trotz entgegengesetzter Bemühungen in der Raumplanungspolitik und trotz Verknappung des Baugrundes.

Weiterhin niedrige Wohneigentumsquote

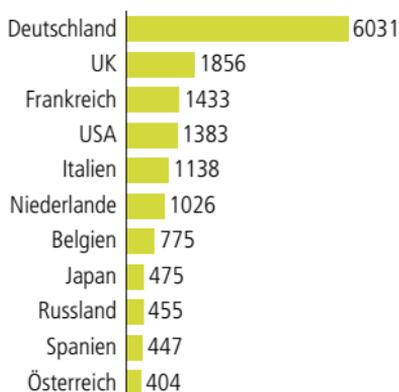
Der überwiegende Teil der Wohnungen (73,3%) gehört Privatpersonen (2000) – nicht, wie häufig vermutet, juristischen Personen. Dennoch ist die Wohneigentumsquote in der Schweiz relativ niedrig: Nur 34,6% aller dauernd bewohnten Wohnungen wurden 2000 von ihren Eigentümern selbst genutzt. Das ist der weitaus geringste Anteil unter allen europäischen Ländern. Immerhin hat die Wohneigentumsquote seit 1970 etwas zugenommen, was hauptsächlich der raschen Zunahme des Stockwerkeigentums zu verdanken ist.

Wichtige Indikatoren des Tourismus

	2000	2008	2009
Angebot (Betten)¹			
Hotel- und Kurbetriebe	264 495	270 487	273 974
Nachfrage: Ankünfte in 1000			
Hotel- und Kurbetriebe	13 894	15 997	15 564
Campingplätze	...	834	923
Jugendherbergen	...	490	476
Nachfrage: Logiernächte in 1000			
Hotel- und Kurbetriebe	35 020	37 334	35 589
Ausländische Gäste in %	58	58	57
Campingplätze	...	2 987	3 267
Ausländische Gäste in %	...	48	46
Jugendherbergen	804	978	946
Ausländische Gäste in %	46	45	42
Aufenthaltsdauer Nächte			
Hotel- und Kurbetriebe	2,5	2,3	2,3
Campingplätze	...	3,6	3,5
Jugendherbergen	...	2,0	2,0
Bruttoauslastung der Hotel- und Kurbetriebe			
in % der vorhandenen Betten ¹	36,2	37,7	35,6
Fremdenverkehrsbilanz in Millionen Franken			
Einnahmen von ausländischen Gästen in der Schweiz	11 223	15 598	15 005 ^P
Ausgaben von Schweizern im Ausland	9 167	11 782	11 505 ^P
Saldo	2 057	3 816	3 500 ^P

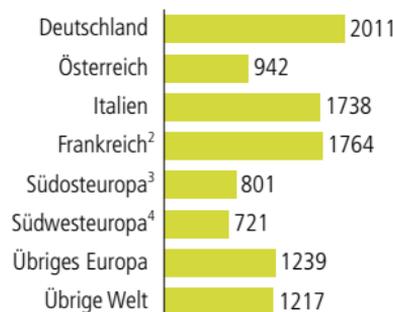
¹ Gesamtzahl der in geöffneten und vorübergehend geschlossenen Betrieben vorhandenen Betten im Jahresdurchschnitt

Logiernächte ausländischer Gäste in der Schweiz¹ 2009



¹ in 1000, ohne Parahotellerie

Ausländische Reiseziele der Schweizer¹ 2009



¹ Ständige Wohnbevölkerung, Reisen ins Ausland mit Übernachtungen, in 1000; Total: 10,5 Mio.

² Inkl. Übersee-Departemente, Monaco

³ Griechenland, Türkei, Kroatien, Bosnien Herzegowina, Serbien, Albanien, Slowenien, Montenegro, Kosovo, Rumänien, Bulgarien, Mazedonien

⁴ Spanien, Portugal, Andorra, Gibraltar

Reiseverhalten

84,9% der in der Schweiz lebenden Personen unternahmen im Jahr 2009 mindestens eine private Reise mit Übernachtungen. Genauer gesagt machte jede Person durchschnittlich 2,7 Reisen mit Übernachtung und 12 Tagesreisen. Mehr als die Hälfte (55%) der Reisen mit Übernachtungen waren lange Reisen (4 und mehr Übernachtungen). Auslandsreisen machten 61% der Reisen mit Übernachtungen und 8% der Tagesreisen aus.

► www.statistik.admin.ch → Themen → Tourismus

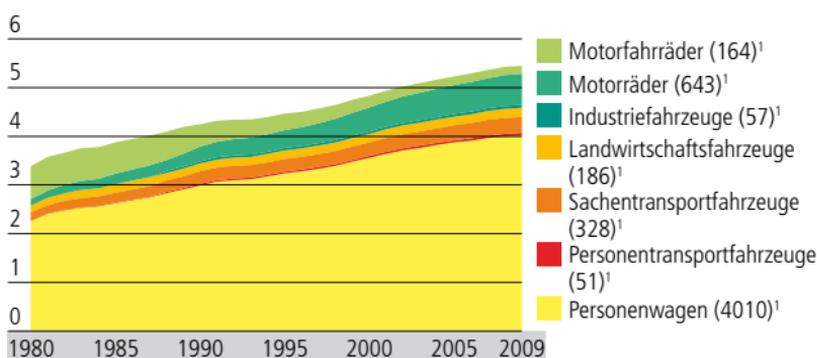
Infrastruktur

Rund ein Drittel der Siedlungsflächen entfällt auf den Verkehr (gemäss Arealstatistik 1992/97).

Im Jahre 2009 beträgt die Streckenlänge der Nationalstrassen 1789 km (davon 1406 km Autobahnen), der Kantonsstrassen 18 050 km und der Gemeindestrassen (Stand 1984) 51 615 km. Das Schienennetz erstreckt sich auf 5107 km (Stand 2007).

Bestand der Strassenmotorfahrzeuge

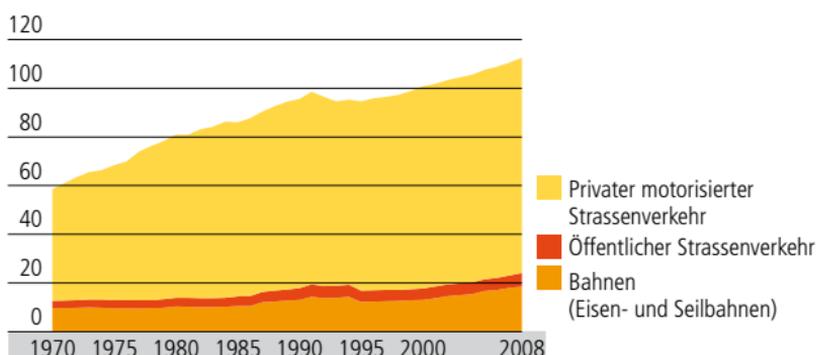
in Millionen



¹ In Klammern: Bestand 2009, in 1000

Verkehrsleistungen im Personenverkehr

in Mrd. Personen-km/Jahr



Tagesmobilität 2005

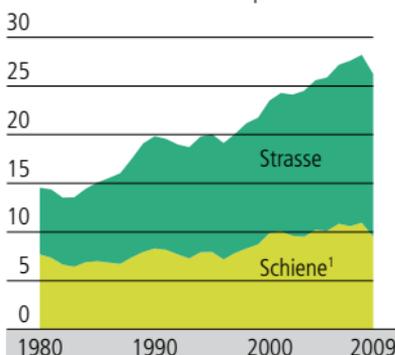
Durchschnitt pro Person und Tag¹

	Tagesdistanz in km	Wegzeit in Min. ²		Tagesdistanz in km	Wegzeit in Min. ²
Total	38,2	98,4	Verkehrsmittel		
Verkehrszweck			Zu Fuss	2,1	36,9
Arbeit und Ausbildung	10,6	22,3	Fahrrad (Velo)	0,8	4,3
Einkauf	4,4	13,3	Motorfahrrad (Mofa)	0,1	0,2
Service- und Begleitung	0,5	1,0	Motorrad	0,6	1,3
Geschäftliche Tätigkeit,	3,3	6,4	Auto	25,5	38,4
Dienstfahrt			Bus/Tram	1,5	6,1
Freizeit	16,8	50,0	Postauto	0,2	0,4
Unbestimmt	2,5	5,4	Bahn	6,2	7,2
			Andere	1,2	3,6

¹ Tagesmobilität der ständigen Wohnbevölkerung im Alter von 10 Jahren und mehr in der Schweiz
² Inkl. Wartezeit

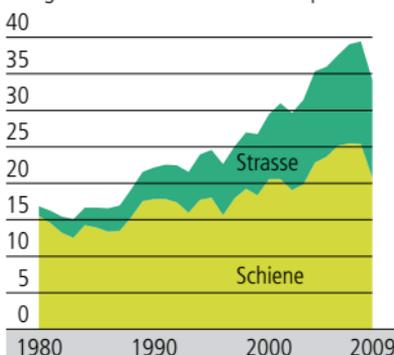
Güterverkehr

Gesamter Verkehr, Verkehrsleistungen in Milliarden Tonnenkilometer pro Jahr

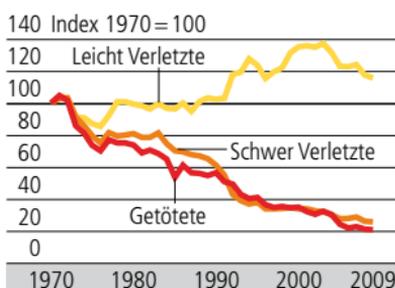


1 Nettotonnenkilometer ohne Gewicht der Sachtransportfahrzeuge (inkl. Anhänger), Container und Wechselbehälter im kombinierten Verkehr

Alpenquerender Verkehr, Verkehrsmengen in Millionen Nettotonnen pro Jahr



Verunfallte im Strassenverkehr



Verunfallte nach Verkehrsträgern 2009

Strassenverkehr	
Getötete Personen	349
Schwerverletzte Personen	4 708
Leichtverletzte Personen	20 422
Eisenbahnverkehr	
getötete Personen	30
Luftverkehr	
getötete Personen in der Schweiz	5

Kosten des Verkehrs

Die volkswirtschaftlichen Kosten des Verkehrs, also die von den Verursachern, der öffentlichen Hand oder Drittpersonen tatsächlich bezahlten Beträge, lagen 2005 bei 82 Milliarden Franken. Die Mobilität kostet uns somit mehr als etwa das Gesundheitswesen oder das öffentliche Bildungssystem. Zu diesen Kosten trägt der Strassenverkehr rund sechsmal mehr bei als der Schienenverkehr. Beim Strassenpersonenverkehr (Personenwagen) belaufen sich die Kosten pro Personenkilometer auf 54 Rappen, beim Schienenverkehr auf 40 Rappen. Im Güterverkehr betragen die Kosten pro Tonnenkilometer beim schweren Strassenverkehr 57, beim Schienenverkehr 24 Rappen. Rund 7,9 der 82 Milliarden Franken sind externe Kosten, welche von anderen Personen als den Verursachern getragen werden (dazu gehören insbesondere Folgekosten in Form von Umwelt- und Gesundheitsschäden, aber auch von Gebäudeschäden und Wertverminderungen).



	Jahr ¹	Schweiz	Deutschland	Griechenland
Einwohner (Jahresbeginn) in 1000	2008	7 593	82 218	11 214
Einwohner je km ²	2008	184	230	85
Anteil Personen unter 20 in %	2008	21,5	19,4	19,5
Anteil Personen über 64 in %	2008	16,4	20,1	18,6
Lebendgeburten, je 1000 Einwohner	2008	10,1	8,3	10,5
Nichteheliche Geburten in %	2007	16	31	6
Eheschliessungen je 1000 Einwohner	2008	5,4	4,6	4,6
Scheidungen je 1000 Einwohner	2008	2,6	2,3	1,2
Internationaler Wanderungssaldo in %	2008	1,3	-0,1	0,3
Ausländeranteil (in % der Bevölkerung)	2008	21,1	8,8	8,1
Personen je Privathaushalt	2001	2,2	2,2	2,8
25 – 64 Jährige mit Tertiärabschluss in %	2007	31	24	22
Ausgaben für Forschung und Entwicklung in % des BIP	2007	2,9	2,5	0,6
Lebenserwartung ² Frauen in Jahren	2007	84,4	82,7	81,8
Lebenserwartung ² Männer in Jahren	2007	79,5	77,4	77,1
Säuglingssterblichkeit ³	2007	3,9	3,9	3,5
Praktizierende Ärzte je 100 000 Einwohner	2007	379	346	535
Kosten des Gesundheitswesens in % des BIP	2007	10,8	10,4	9,6
Ausgaben für Soziale Sicherheit in % des BIP	2004	29,5	29,5	26,0
Landwirtschaftsfläche in % der Gesamtfläche	2000	36,9	53,5	66,0
Waldfläche in % der Gesamtfläche	2000	30,8	29,5	22,8
Treibhausgasemissionen in CO ₂ -Äquivalenten (t pro Einwohner)	2006	6,8	11,6	11,8
Personenwagen je 1000 Einwohner	2007	525	566	369
Strassenverkehrsunfälle: Getötete je 1 Mio. Einwohner	2007	51	60	144
Erwerbstätige in der Landwirtschaft in %	2006	3,8	2,2	12,0
Erwerbstätige in der Industrie in %	2006	22,9	29,8	22,0
Erwerbstätige in den Dienstleistungen in %	2006	72,9	68,0	65,9
Erwerbsquote Frauen (15–64 Jahre)	2008	73,5	65,4	48,7
Erwerbsquote Männer (15–64 Jahre)	2008	85,4	75,9	75,0
Arbeitslosenquote (gemäss internationaler Definition)	2008	3,4	7,5	7,7
Frauen	2008	4,0	7,5	11,4
Männer	2008	2,8	7,4	5,1
15–24 Jahre	2008	7,0	10,5	22,1
Langzeitarbeitslose in % der Arbeitslosen	2008	33,6	52,6	47,5
Teilzeiterwerbstätige Frauen in % ⁴	2008	57,3	45,4	9,9
Teilzeiterwerbstätige Männer in % ⁴	2008	12,8	9,4	2,8
Wöchentliche Arbeitszeit in Stunden	2008	41,6	40,4	40,8
Bruttoinlandprodukt (BIP) je Einwohner, in KKS (Kaufkraftstandards)	2009	33 900	27 300	21 900
BIP mittleres reales Wachstum pro Jahr in %	1985–2008	1,5	1,5	...
Inflationsrate	2009	-0,7	0,2	1,3
Öffentlicher Überschuss/Defizit in % des BIP	2008	2,3	0,1	-7,8
Bruttoverschuldung des Staates in % des BIP	2008	40,9	66,3	100,4

1 Oder letztes verfügbares Jahr

2 Bei Geburt

3 Im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder je 1000 Lebendgeburten

4 Der erwerbstätigen Frauen bzw. Männer



Spanien	Frankreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweden	Ver. Königr.	EU-27
45 283	63 614	59 619	16 405	8 332	9 183	60 781	497 445
86	101	196	395	99	21	249	112
19,7	24,9	19,0	24,0	21,3	23,7	24,1	21,7
16,6	16,3	20,0	14,7	17,1	17,5	16,0	16,4
11,5	13,0	9,7	11,3	9,3	11,9	13,0	10,9
28	52	21	39	38	55	44	...
4,5	4,3	4,1	4,6	4,2	5,5	4,4	4,9
2,8	2,2	0,9	2,0	2,5	2,3	2,4	2,0
0,6	0,1	0,8	0,2	0,4	0,6	0,4	...
11,6	5,8	5,8	4,2	10,3	5,7	6,6	6,2
2,9	2,4	2,6	2,3	2,4	2,1	2,4	...
29	27	14	30	18	31	31	23
1,3	2,1	1,1	1,7	2,6	3,6	1,8	1,9
84,3	84,4	84,2	82,5	83,1	83,1	81,7	82,0
77,8	77,3	78,5	78,1	77,5	79,0	77,3	75,8
3,7	3,8	3,7	4,1	3,7	2,5	4,8	4,7
368	338	370	315	374	357	249	...
8,5	11,0	8,7	9,8	10,1	9,1	8,4	...
20,0	20,0	26,1	28,5	29,1	32,9	26,3	...
58,8	55,7	44,4	56,6	40,4	7,3	69,4	...
33,3	31,1	22,7	7,8	40,9	73,5	11,5	...
9,9	8,4	9,3	12,7	10,6	7,2	10,5	...
481	490	600	452	512	467	463	...
94	76	87	48	83	52	50	...
4,9	3,7	4,2	3,3	5,6	2,3	1,3	...
29,5	24,3	29,8	20,4	28,1	22,0	22,0	...
65,6	71,1	66,0	76,3	66,3	75,8	76,7	...
54,9	60,1	47,2	71,1	65,8	71,8	65,8	59,0
73,5	69,3	70,3	83,2	78,5	76,7	77,3	72,7
11,3	7,8	6,7	2,8	3,8	6,2	5,6	7,0
13,0	8,3	8,5	3,0	4,1	6,6	5,1	7,5
10,1	7,3	5,5	2,5	3,6	5,9	6,1	6,6
24,6	19,0	21,3	5,3	8,0	20,2	15,0	15,6
17,9	39,3	45,7	34,8	24,3	12,7	24,1	37,2
22,7	29,3	27,9	75,3	41,5	41,4	41,7	31,0
4,2	5,9	5,3	23,9	8,1	13,3	11,2	7,9
40,7	39,3	39,3	38,9	42,3	39,9	42,5	40,5
24 500	25 300	24 000	30 700	28 800	28 400	27 400	23 600
1,8	1,8	1,6	2,8	2,2	2,3	2,7	...
-0,2	0,1	0,8	1,0	0,4	1,9	2,2	1,0
-4,2	-3,3	-2,7	0,5	-0,5	2,2	-4,8	-2,3
39,8	67,6	106,3	58,2	62,9	38,2	52,1	62,5

Bilanzsummen und Gewinne der Banken 2009

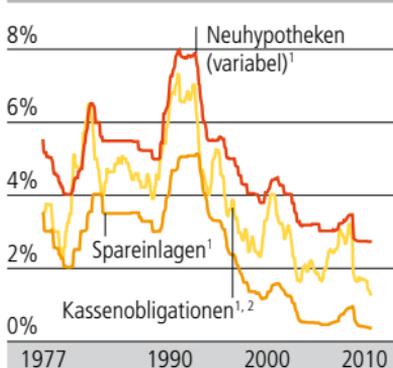
Bankengruppen	Anzahl Institute		Bilanzsumme		Jahresgewinn	Jahresverlust
	1990	2009	in Mio. Fr.	Veränd. ¹	in Mio. Fr.	in Mio. Fr.
Total	625	325	2 668 225	-13,4	8 656	6 293
Kantonalbanken	29	24	403 548	3,7	2 350	-
Grossbanken	4	2	1 444 799	-23,4	378	5 041
Regionalbanken und Sparkassen	204	70	92 276	2,6	402	-
Raiffeisenbanken	2	1	139 520	6,0	645	-
Übrige Banken	218	181	524 980	1,1	4 313	934
Filialen ausländischer Banken	16	33	23 891	0,7	253	306
Privatbankiers	22	14	39 211	-3,6	315	11

1 Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Bilanzstruktur der Banken 2009

Aktiven	in %
Total	100
davon Ausland	55,0
Flüssige Mittel	3,5
Forderungen aus Geldmarktpapieren	5,9
Forderungen gegenüber Banken	22,3
Forderungen gegenüber Kunden	20,5
Hypothekarforderungen	27,5
Handelsbestände in Wertschriften	7,7
Finanzanlagen	4,9
Beteiligungen	1,6
Sachanlagen	0,9
Übrige	5,1
Passiven	
Total	100
davon Ausland	53,1
Verpflichtungen aus Geldmarktpapieren	2,4
Verpflichtungen gegenüber Banken	18,9
Verpflichtungen gegenüber Kunden	66,8
in Spar- und Anlageform	16,0
Übrige Verpflichtungen auf Sicht	20,8
Übrige Verpflichtungen auf Zeit	15,6
Kassenobligationen	1,7
Anleihen und Pfandbriefdarlehen	12,6
Eigene Mittel	5,1
Übrige	6,8

Zinssätze



1 Bis 2007 Mittelwert aller Kantonalbanken, ab 2008 Mittelwert von 60 Instituten (inkl. aller Kantonalbanken)

2 Bis 2007 für 3–8 Jahre Laufzeit, ab 2008 für 5 Jahre Laufzeit

Devisenkurse in der Schweiz¹

	2005	2007	2009
\$ 1	1,2458	1,1999	1,0852
¥ 100	1,1309	1,0191	1,1610
€ 1	1,5481	1,6427	1,5101
£ 1	2,2634	2,4011	1,6956

1 Ankaufskurs der Banken, Jahresmittel

Privatversicherungen 2009

in Millionen Franken

Versicherungszweig	Einnahmen ¹	Ausgaben ¹
Total	112 541	81 492
Leben	32 121	30 211
Unfall und Schaden	49 434	31 117
Rückversicherungs-einrichtungen	30 986	20 164

1 Im In- und Ausland

► www.statistik.admin.ch → Themen → Banken, Versicherungen

► www.snb.ch (Schweizerische Nationalbank)

► www.finma.ch (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht: Privatversicherungen)

Die drei Ebenen des Systems der Sozialen Sicherheit

Das System der Sozialen Sicherheit der Schweiz lässt sich dreistufig darstellen:

- Zur ersten Stufe gehört neben der individuellen Sicherung des Lebensunterhalts die Grundversorgung. Sie ist allen zugänglich und umfasst das Bildungs- und Rechtssystem sowie die öffentliche Sicherheit.
- Die zweite Stufe umfasst alle Sozialversicherungen und soll Risiken wie Alter, Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Mutterschaft vorbeugen.
- Die dritte Stufe schliesslich umfasst alle Bedarfsleistungen, wobei die öffentliche Sozialhilfe das letzte Auffangnetz bildet und das Recht auf Existenzsicherung gewährleistet. Sie kommt erst dann zum Tragen, wenn die übrigen Massnahmen der Sozialen Sicherheit nicht greifen (Subsidiaritätsprinzip).

Der Sozialhilfe vorgelagert ist auf Stufe 3 eine Reihe von weiteren Bedarfsleistungen, welche die Abhängigkeit von der Sozialhilfe vermeiden soll. Diese lassen sich unterteilen in Leistungen, welche die Sicherstellung der Grundversorgung garantieren (z.B. Stipendien oder unentgeltliche Rechtshilfe) und in Leistungen zur Ergänzung ungenügender oder erschöpfter Sozialversicherungsleistungen bzw. mangelnder privater Sicherung.

Gesamtausgaben für Soziale Sicherheit

2008 betragen die Gesamtausgaben der Sozialen Sicherheit 144 Milliarden Franken. Davon entfielen 135 Milliarden auf die eigentlichen Sozialleistungen. Diese gehen zu rund vier Fünfteln auf das Konto der Sozialversicherungen (also der zweiten Stufe des Systems der sozialen Sicherheit).

Soziale Sicherheit: Ausgaben und Einnahmen

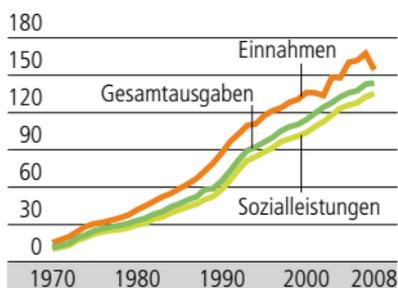
in Milliarden Franken, ohne Doppelzählungen

	1990	1995	2000	2007	2008 ^P
Gesamtausgaben	64,8	95,8	114,0	142,5	143,6
davon Sozialleistungen	58,0	87,8	103,7	132,4	135,0
Einnahmen	87,3	117,3	136,0	167,3	154,2
Sozialausgabenquote ¹	19,6	25,6	27,0	27,3	26,4

¹ Gesamtausgaben im Verhältnis zum BIP

Soziale Sicherheit: Ausgaben und Einnahmen

in Milliarden Franken



Sozialleistungen nach Funktionen 2008^P

	in %
Alter	46,0
Krankheit, Gesundheitspflege	26,4
Invalidität	12,5
Überleben Hinterbliebener	4,4
Familie, Kinder	5,1
Arbeitslosigkeit	2,6
Soziale Ausgrenzung	2,6
Wohnen	0,5

Ausgaben wofür?

Die Verteilung der Sozialleistungen auf die einzelnen Risiken und Bedürfnisse (Funktionen der Sozialleistungen) ist ausgesprochen ungleich: Über vier Fünftel der Sozialleistungen entfallen auf Alter, Krankheit und Invalidität.

Sozialversicherungen: Bezüger 2009

in 1000

AHV: Altersrenten	1 875,6	BV ² : Invalidenrenten	134,2
AHV: Zusatzrenten	68,7	BV ² : Übrige Renten	73,1
AHV: Hinterlassenenrenten	154,9	IV: Invalidenrente	291,6
EL zur AV ¹	164,1	IV: Zusatzrenten	105,8
EL zur HV ¹	3,3	EL zur IV	103,9
BV ² : Altersrenten	553,4	UV ³ : Hinterlassenenrenten	23,8
BV ² : Witwen- und Witwerrenten	171,4	UV ³ : Invalidenrenten	85,6
		ALV ⁴	302,8

1 Ergänzungsleistungen Altersversicherung/Hinterlassenenversicherung

2 Berufliche Vorsorge (Zahlen 2008)

3 Unfallversicherung

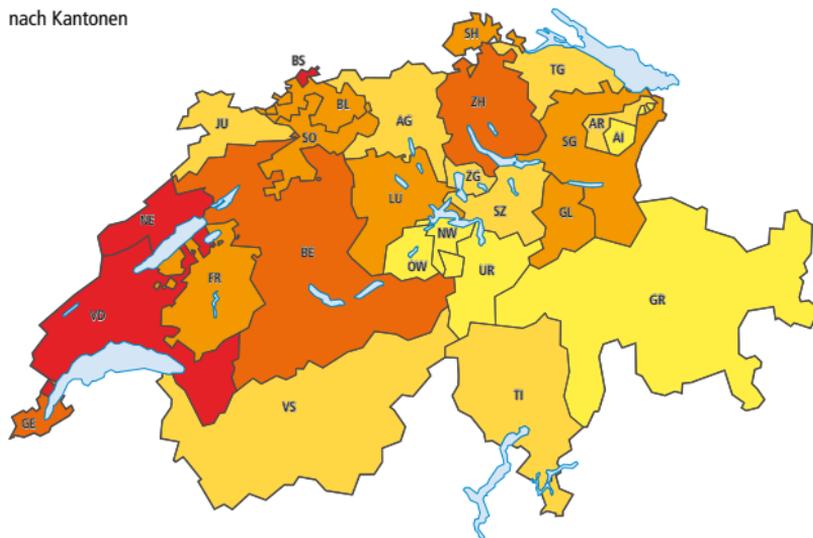
4 Arbeitslosenversicherung

Krankenversicherung

Zwischen 1999 und 2009 sind die durchschnittlichen kantonalen Jahresprämien für die obligatorische Krankenversicherung pro versicherte Person von 1793 auf 2611 Franken gestiegen. 2009 betrug die Jahresprämie für Erwachsene 3124 Franken pro Jahr, für junge Erwachsene 2147 Franken und für Kinder 803 Franken. Zwischen den Kantonen gibt es diesbezüglich jedoch grosse Unterschiede. Im Kanton Basel-Stadt belief sich die Prämie 2009 durchschnittlich auf 3637 Franken und im Kanton Nidwalden auf 1868 Franken. Die durchschnittlichen Jahresbruttotoleistungen (mit Kostenbeteiligung der Versicherten) pro versicherte Person erhöhten sich zwischen 1999 und 2009 von 2011 auf 3069 Franken. 2009 belief sich die Jahressumme auf 3851 Franken für Erwachsene, auf 1284 Franken für junge Erwachsene und auf 961 Franken für Kinder. Die durchschnittlichen Jahresnettotoleistungen (ohne Kostenbeteiligung der Versicherten) pro versicherte Person nahmen zwischen 1999 und 2009 von 1710 auf 2630 Franken zu. 2009 betrugen sie insgesamt 3306 Franken für Erwachsene, auf 950 Franken für junge Erwachsene und auf 866 Franken für Kinder.

Sozialhilfequote 2009

nach Kantonen



Anteil der Sozialhilfeempfänger/innen an der Wohnbevölkerung, in %

< 1,5
 1,5 – 1,9
 2,0 – 2,9
 3,0 – 4,4
 ≥ 4,5
 CH: 3,0

Sozialhilfe

230 019 Personen, 3% der Gesamtbevölkerung, mussten 2009 mit Sozialhilfeleistungen unterstützt werden. Es bestehen beträchtliche regionale Unterschiede: Die höchsten Quoten weisen grössere Städte mit ausgeprägtem Zentrumscharakter auf. In diesen Städten sind Personengruppen, welche in höherem Ausmass auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind, überproportional vertreten. Dazu zählen z.B. Alleinerziehende, Ausländer/innen und Arbeitslose.

Das Sozialhilferisiko unterscheidet sich stark nach dem Alter, der Familienstruktur und der Nationalität der Personen.

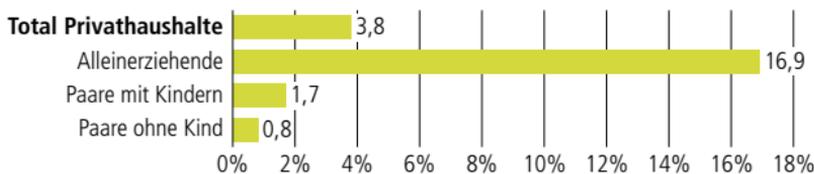
- Am höchsten ist die Sozialhilfequote bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Generell nimmt die Quote mit zunehmendem Alter ab. Lediglich in der Altersgruppe zwischen 36 und 45 Jahren ist die Quote leicht höher, was häufig mit Kinderkosten, Erwerbseinbrüchen, Scheidungen oder der Reduktion des Beschäftigungsumfangs zusammenhängt. Allerdings musste bei den 56- bis 64-Jährigen eine überdurchschnittliche Zunahme der Sozialhilfequote gegenüber dem Vorjahr festgestellt werden.
- Besonders häufig beziehen Alleinerziehende Sozialhilfeleistungen. In der Schweiz bezieht fast jeder sechste Haushalt mit einem alleinerziehenden Elternteil Sozialhilfeleistungen. Die finanzielle Belastung durch die Kinderkosten, verbunden mit zusätzlichen Kosten aufgrund von Trennung oder Scheidung führen zum erhöhten Sozialhilferisiko. Zudem ist eine volle Erwerbsarbeit aufgrund der Kinderbetreuung in der Regel nicht möglich.
- Ausländerinnen und Ausländer sind mit rund 45% aller Sozialhilfeempfänger/innen deutlich stärker in der Sozialhilfe vertreten als in der Gesamtbevölkerung (ihr Anteil an der ständigen Wohnbevölkerung liegt bei 23%). Hauptgründe sind die häufig mangelnde Berufsqualifikation und die schlechten Arbeitsmarktchancen sowie teilweise die Familienstruktur. Die Sozialhilfequote der Ausländer/innen aus den EU27- und EFTA-Staaten, mit denen die Schweiz ein Abkommen über die Personenfreizügigkeit abgeschlossen hat, liegt dabei nur wenig über derjenigen der Schweizer/innen.

Sozialhilfequote 2009

in %

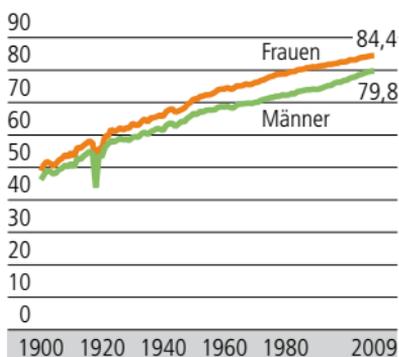
Total	3,0
Altersklassen	
0–17 Jahre	4,5
18–25 Jahre	3,9
26–35 Jahre	3,1
36–45 Jahre	3,3
46–55 Jahre	3,1
56–64 Jahre	2,2
65–79 Jahre	0,2
80 Jahre und mehr	0,4
Personen mit Schweizer Staatsangehörigkeit	
Männer	2,1
Frauen	2,0
Personen ausländischer Staatsangehörigkeit	
Männer	5,8
Frauen	6,4

Unterstützungsquote¹ nach Fallstruktur 2009



¹ Anteil der Sozialhilfefälle an der Gesamtzahl der Privathaushalte

Lebenserwartung



Die Lebenserwartung ist im letzten Jahrhundert ausserordentlich gestiegen. Verantwortlich dafür war vor allem der Rückgang der Sterblichkeit von Säuglingen und Kleinkindern. Auch in den letzten Jahren ist die Lebenserwartung immer noch gestiegen: bei den Frauen hat sie seit 1990 um 3,6 Jahre, bei den Männern um 5,8 Jahre zugenommen (2009). Diese sterben häufiger frühzeitig (vor dem 70. Lebensjahr) – vor allem infolge von ischämischen Herzkrankheiten, Unfällen und Gewalteinwirkungen sowie Lungenkrebs.

Gesundheitszustand

88% der Männer und 85% der Frauen bezeichnen 2007 ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut und nur 3% der Männer und Frauen als schlecht oder sehr schlecht. Nicht selten scheinen allerdings vorübergehende körperliche oder seelische Probleme Beruf und Alltag zu beeinträchtigen. Pro Jahr sind wir im Durchschnitt während 9 Tagen infolge von Krankheiten oder Unfällen arbeitsunfähig.

Infektionskrankheiten¹ 2009

Akute gastrointestinale Infektionen	9 086
Meningitis	72
Hepatitis B	74
Tuberkulose	556
AIDS	135

¹ Neuerkrankungen

Unfälle 2009

	Männer	Frauen
Berufsunfälle	199 066	59 410
Nicht-Berufsunfälle	307 719	190 703

Behinderte¹ 2010

Invaliditätsgrad	Männer	Frauen
40 – 49%	5 671	6 548
50 – 59%	19 588	19 827
60 – 69%	8 764	7 629
70 – 100%	97 130	78 960

¹ Bezüger von IV-Renten

Todesursachen 2008

	Sterbefälle		Sterbeziffer ¹	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Alle Todesursachen	29 474	31 759	596,0	386,0
davon:				
Infektiöse Krankheiten	345	332	7,0	4,4
Krebskrankheiten insgesamt	8 892	7 061	183,0	112,0
Kreislaufsystem	9 861	12 460	191,0	126,0
Ischämische Herzkrankheiten	4 555	4 306	88,9	43,4
Hirngefässkrankheiten	1 526	2 551	28,7	26,4
Atmungsorgane insgesamt	1 934	1 707	37,0	19,3
Unfälle und Gewalteinwirkung	2 210	1 532	50,3	23,5
Unfälle insgesamt	1 257	1 017	28,0	13,0
Suizid	861	452	20,1	9,3

¹ Rate pro 100 000 Einwohner (altersstandardisiert)

Säuglingssterblichkeit

	1970	1980	1990	2000	2008	2009
pro 1000 Lebendgeburten	15,1	9,1	6,8	4,9	4,0	4,3

Konsum von Alkohol, Tabak und illegalen Drogen 2007

Illegale Drogen werden vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen genommen – in der Mehrzahl nur wenige Male oder gelegentlich. Aktuell konsumieren rund 7% der 15- bis 39-Jährigen Cannabis; 1992 waren es erst 4%. Ungleich gravierender ist aus volksgesundheitlicher Sicht der Konsum von Tabak und Alkohol. Insgesamt rauchen rund 28% der Bevölkerung, 24% der Frauen und 32% der Männer. Die Anteile sind gegenüber 1992 leicht gesunken, am ausgeprägtesten bei den 35- bis 44-Jährigen und da insbesondere bei den Männern (35- bis 44-jährige Männer: von 41% auf 32%; Frauen: von 31% auf 27%). Beim Alkohol ist der Anteil der täglichen Konsumenten auf 14% zurückgegangen (1992: 21%).

Dienstleistungen 2007 in %¹

	Männer	Frauen
Arztbesuch	73,4	86,2
Spitalaufenthalt	10,7	12,2
Spitex-Leistungen	1,4	3,6

¹ Bevölkerung ab 15 Jahren

Ärzte und Zahnärzte

je 100 000 Einwohner

	1980	2009
Ärzte mit Praxistätigkeit ¹	117	204
Zahnärzte	35	52

¹ Ab 2008, Ärzte mit Haupttätigkeit im ambulanten Sektor

Hospitalisierungsrate in den Akutspitälern 2009 in %¹

	Total	Männer	Frauen
15–59-jährig	10,6	8,8	12,5
60–79-jährig	25,3	28,0	23,0
80+ -jährig	42,8	49,4	39,3

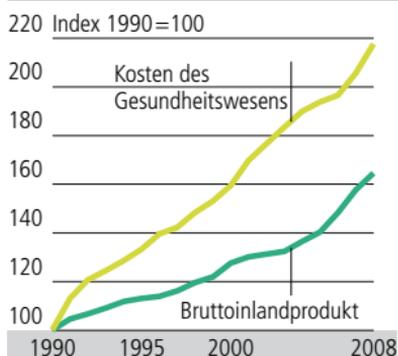
¹ der betreffenden Bevölkerungsgruppe

Sozialmedizinische Institutionen 2009

	in 1000	in % ¹
Anzahl Klienten: Total	190,4	2,5
davon:		
Klienten ≥ 80 Jahre	105,4	28,7
Männer	26,3	20,9
Frauen	79,0	32,8

¹ der betreffenden Bevölkerungsgruppe

Gesundheitskosten



2008 sind 10,7% des Bruttoinlandprodukts für das Gesundheitswesen verwendet worden; 1990 waren es erst 8,1%. Ein wesentlicher Grund für diesen Anstieg ist die Entwicklung des Angebots: so z.B. die erweiterten Leistungen, die wachsende Spezialisierung und Technisierung und der höhere Komfort. Eine geringere Rolle spielt dagegen das Altern der Bevölkerung.

in Millionen Franken	1998	2008
Total	39 815	58 453
Stationäre Behandlung	18 552	26 501
Ambulante Behandlung	11 874	18 519
davon:		
Ärzte	5 832	8 298
Zahnärzte	2 736	3 655
Spitex	815	1 275
Andere Leistungen ¹	1 357	2 001
Gesundheitsgüter ²	4 913	7 063
davon:		
Apotheken	3 023	4 075
Ärzte	1 099	1 848
Prävention	983	1 445
Verwaltung	2 136	2 924

¹ Wie Laboruntersuchungen, Radiologie, Transporte
² Arzneimittel und therapeutische Apparate

Entwicklung zu einem Bildungsraum Schweiz

Das Bildungssystem der Schweiz ist gekennzeichnet durch einen ausgeprägten Föderalismus. Die Vielfalt der verschiedenen Bildungssysteme zeigt sich vor allem in der obligatorischen Schule: je nach Kanton gibt es beispielsweise auf Sekundarstufe I zwei, drei oder vier nach Leistungsanforderungen unterschiedene Schultypen; auch schwankt die gesamte Unterrichtszeit während der neun obligatorischen Jahre zwischen 7100 und 8900 Stunden pro Schüler.

Das schweizerische Bildungswesen wandelt sich: Kantone haben in den letzten Jahren ihre Bildungssysteme reformiert, nationale Strukturen wurden umgebaut (Einführung der Berufsmaturität und der Fachhochschulen, Umsetzung der Bologna-Reform), die Nachfrage nach Bildung ist gestiegen, die allgemeinbildenden Schulen haben an Bedeutung gewonnen.

Schüler und Studierende

Schulstufe	Anzahl in 1000			Anteil Frauen, in %		
	1980/81	1990/91	2008/09	1980/81	1990/91	2008/09
Total	1 234,1	1 291,8	1 514,3	46	46	48
Vorschule	120,3	139,8	152,9	49	49	49
Obligatorische Schule	849,6	711,9	777,4	49	49	49
Primarstufe	451,0	404,2	440,9	49	49	49
Sekundarstufe I	362,3	271,6	294,9	49	49	50
Besonderer Lehrplan	36,4	36,2	41,6	39	38	37
Sekundarstufe II	299,0	295,8	337,1	43	45	47
Allgemeinbildende Schulen ¹	74,8	74,5	103,7	53	55	58
Berufsausbildung ²	224,2	221,3	233,4	39	42	42
Tertiärstufe	85,3	137,5	234,8	30	35	50
Universitäre Hochschulen	61,4	85,9	121,0	32	39	50
Fachhochschulen	63,7	50
Höhere Berufsbildung	...	36,2	50,0	...	33	49
Stufe unbestimmt	–	6,7	12,0	–	51	49

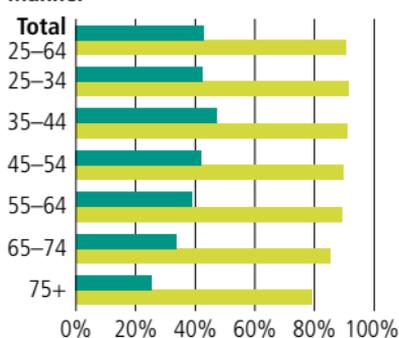
1 Inkl. Schulen für Unterrichtsberufe und Vorbereitung auf Berufsmaturität nach der Lehre

2 Inkl. An- und Vorlehre

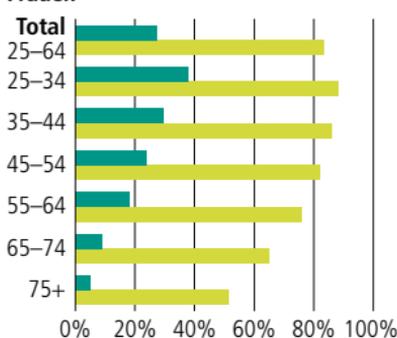
Bildungsstand 2009

Anteil an der Wohnbevölkerung

Männer

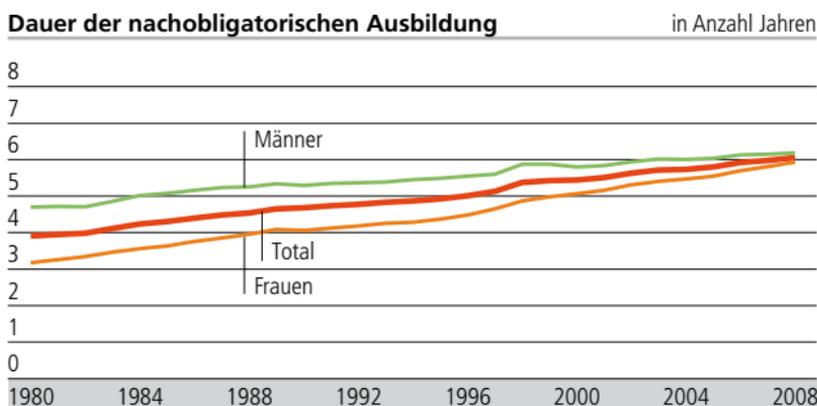


Frauen



■ Tertiärstufe

■ Sekundarstufe II oder mehr



Bildungsbeteiligung steigt

Die Bildungsbeteiligung auf der Sekundarstufe II und vor allem auf der Tertiärstufe ist in den letzten dreissig Jahren deutlich gestiegen. Dies betrifft insbesondere auch Ausbildungen, die den Hochschulzugang ermöglichen. So hat die Zahl der berufs- und allgemeinen Maturitäten seit 1990 um fast drei Viertel zugenommen. Auch an den Hochschulen hat sich die Zahl der Abschlüsse zwischen 1997 und 2009 mehr als verdoppelt. Dies nicht zuletzt durch die Gründung der Fachhochschulen. Entsprechend dieser Entwicklung wird erwartet, dass sich das Bildungsniveau der Bevölkerung der Schweiz in den kommenden Jahren deutlich erhöhen wird. Der Anteil der Personen mit Tertiärabschluss in der Bevölkerungsgruppe der 25- bis 64-Jährigen dürfte von 35% im Jahr 2009 bis 2025 auf ein Niveau von 50% steigen.

Geschlechterunterschiede abgebaut

Von der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte haben vor allem die Frauen profitiert. Heute beginnen praktisch gleich viele Frauen wie Männer eine nachobligatorische Ausbildung und schliessen sie auch ab. Weiterhin sind aber Männer länger in Ausbildung als Frauen und ist ihre Eintrittsquote in die Tertiärstufe höher. Umgekehrt sind Mädchen in der obligatorischen Schule erfolgreicher: sie repetieren seltener eine Klasse, werden seltener in eine Sonderklasse versetzt, und auf der Sekundarstufe I besuchen sie häufiger anforderungsreiche Schultypen. Besonders deutliche Unterschiede bestehen nach wie vor bei der Wahl der Fachrichtung, und dies sowohl in der Berufsbildung als auch an den Hochschulen. Verschiedene Zweige werden entweder von Frauen oder von Männern beherrscht, was nicht zuletzt auf Muster alter Rollenverteilungen zurückzuführen ist. In der Berufsbildung überwiegen in Industrie und Handwerk die Männer, im Verkauf sowie in der Gesundheits- und Körperpflege die Frauen. An den Hochschulen zieht es die Männer eher in die Bereiche Technik, Naturwissenschaften und Wirtschaft, Frauen eher in die Geisteswissenschaften, ins Soziale und Gestalterische.

Ausgewählte Bildungsabschlüsse 2009

Schulstufe	Total	Frauen in %
Sekundarstufe II		
Gymn. Maturitätszeugnisse	18 240	57,6
Berufsmaturitätszeugnisse	11 417	44,3
Abschlüsse berufliche Grundbildung BBG ¹	59 841	44,2
Handelsmittelschuldiplome	2 768	50,7
Tertiärstufe		
Höhere Berufsbildung		
Höhere Fachschuldiplome	7 234	50,3
Eidg. Diplome	2 664	18,4
Eidg. Fachausweise	12 188	37,6
Fachhochschulen		
Diplome	3 528	50,5
Bachelorabschlüsse	9 202	51,5
Masterabschlüsse	498	72,1
Universitäre Hochschulen		
Lizentiate/Diplome	4 529	60,8
Bachelorabschlüsse	10 177	51,5
Masterabschlüsse	6 524	46,2
Doktorate	3 424	41,9

1 Inkl. Eidg. Berufsatteste

Lehrkräfte 2008/09^P Hochschulpersonal 2009

	Vollzeit- äquivalente	Frauen in %
Vorschule	7 924	96,3
Obligatorische Schule ¹	51 700	67,6
Primarstufe	28 200	80,6
Sekundarstufe I	23 500	52,2
Sekundarstufe II ²	8 300	43,1
Universitäre Hochschulen	34 688	41,9
Professor/innen	3 114	16,4
übrige Dozierende	2 907	25,4
Assistierende ³	16 847	40,5
Fachhochschulen	13 053	42,3
Professor/innen	4 267	33,0
übrige Dozierende	2 361	40,3
Assistierende ³	2 509	39,7

1 Ohne Schulen mit besonderem Lehrplan

2 Nur allgemein bildende Schulen (Maturitätsschulen, Fach- und Diplommittelschulen u.ä.)

3 Inkl. wissenschaftliche Mitarbeitende

Öffentliche Bildungsausgaben 2008

	in Milliarden Franken
Total	29,2
davon Besoldungen Lehrkräfte	15,7
Vorschule	1,0
Obligatorische Schule	13,3
Sonderschulen	1,6
Tagesbetreuung	0,1
Berufliche Grundbildung	3,5
Allgemein bildende Schulen	2,2
Höhere Berufsbildung	0,2
Hochschulen, Fachhochschulen	6,8
Nicht aufteilbare Aufgaben	0,5

Weiterbildung

Man kann zwei Formen der Weiterbildung unterscheiden: nicht-formale Bildung (wie Besuch von Kursen, Seminaren, Privatunterricht, Tagungen oder Konferenzen) und informelles Lernen (Lektüre von Fachliteratur, Lernen von CD-ROM oder von Familienangehörigen usw.). Die Mehrheit der Bevölkerung in der Schweiz (fast 80% der ständigen Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren bzw. 83% der Erwerbstätigen zwischen 25 und 64 Jahren) hat 2009 Weiterbildung in der einen oder anderen Form betrieben. Informelles Lernen war dabei deutlich häufiger als die nicht-formale Bildung (74% der ständigen Wohnbevölkerung und 78% der Erwerbstätigen gegenüber 50% bzw. 55%).

Ein forschungsaktives Land

Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (F+E) in einer Volkswirtschaft ist ein wichtiger Standortfaktor. Die Schweiz gehört mit einem F+E-Anteil von 3,01% des Bruttoinlandprodukts (2008) zu den forschungsaktivsten Staaten. 2008 wurden für F+E im Inland rund 16,3 Milliarden Franken aufgewendet. Davon entfallen 73% auf die Privatwirtschaft und weitere 24% auf die Hochschulen; die restlichen 3% verteilen sich auf Bund und diverse private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die F+E-Aktivitäten der Schweizer Firmen im Ausland sind traditionell sehr ausgeprägt. Entsprechende Aufwendungen der Privatwirtschaft im Ausland betragen 2008 rund 15,8 Milliarden Franken und sind damit praktisch gleich hoch wie jene der Privatwirtschaft im Inland.

► www.statistik.admin.ch →
Themen →
Bildung und Wissenschaft

Presselandschaft im Umbruch

Seit der Jahrtausendwende hat sich der Schweizer Tageszeitungsmarkt grundlegend verändert. In der Deutschschweiz ist die gratis verteilte Pendlerzeitung «20 Minuten» mit über 1,4 Mio. Leserinnen und Lesern¹ pro Ausgabe zur grössten Tageszeitung geworden. In der französischsprachigen Schweiz finden sich mit den im Jahre 2005 gegründeten Titeln «Le Matin Bleu»² (mit 559 000 Leserinnen und Lesern) und der französischsprachigen Ausgabe von «20 Minuten» (mit 526 000 Leserinnen und Lesern) gleich zwei Gratiszeitungen in den drei ersten Rängen der meistgelesenen Tageszeitungen.

1 Quelle: WEMF MACH Basic (2009/II; Bevölkerung ab 14 Jahren, Leser pro Ausgabe)

2 Die Herausgabe der Zeitung «Le Matin Bleu» wurde im September 2009 eingestellt.

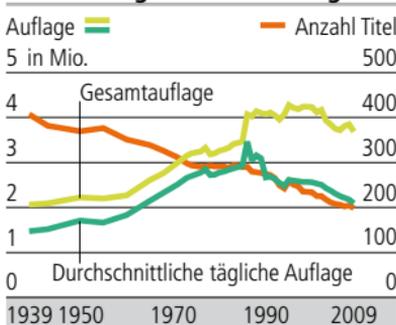
Verbreitung von Internet und Mobiltelefonie

Die Zahl der regelmässigen Internetnutzerinnen und -nutzer (Nutzung mehr als einmal pro Woche) ist von 0,7 Mio. (1998) auf 4,5 Mio. im ersten Vierteljahr 2010 gewachsen. Mehr als vier Fünftel der Haushalte verfügen über einen PC, und Ende 2008 werden in der Schweiz 2,6 Mio. Breitbandanschlüsse (ADSL oder Kabelmodem) ins Internet gezählt. Ähnlich rasant hat sich die Mobiltelefonie entwickelt: Die Zahl der Mobilfunk-Anschlüsse stieg von 125 000 (1990) über 1,7 Mio. (1998) auf 8,9 Mio. (2008); das entspricht 115 Anschlüssen pro 100 Einwohner.

Lesen bleibt im Trend

Im Jahr 2008 hat eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung Zeitungen (97%), Bücher (81%) und Zeitschriften (79%) gelesen. Comics wurden von 20 Prozent gelesen. Während die Unterschiede in Bezug auf das Alter, das Geschlecht und das Ausbildungsniveau beim Lesen von Zeitungen und Zeitschriften gering sind, fallen sie bei Büchern und Comics deutlicher aus. Zu den Bücher- und Comicslesenden gehören eher die unter 30-Jährigen, Personen mit Tertiärabschluss und einem hohen Haushaltseinkommen sowie die Bewohnerinnen und Bewohner von Städten und Agglomerationen.

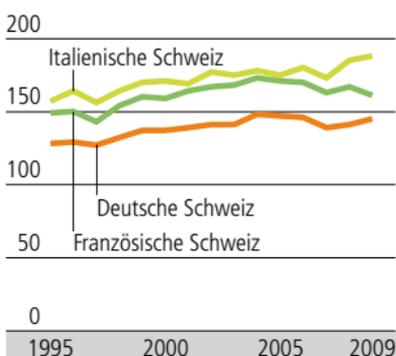
Entwicklung der Kaufzeitungen



Quelle: Verband Schweizer Presse / WEMF Auflagenstatistik. Berücksichtigt sind Titel von allgemeinem Interesse mit mindestens wöchentlicher Erscheinungsweise

Fernsehnutzung

in Minuten pro Tag und Einwohner



Quelle: Mediapulse AG Telecontrol (Basis: Bevölkerung ab 3 Jahren, Mittelwert pro Tag (Mo–So))

Radionutzung

in Minuten pro Tag und Einwohner

	2006	2007	2008	2009 ¹
Deutsche Schweiz	102	105	109	119
Französische Schweiz	97	98	99	106
Italienische Schweiz	96	99	99	108

1 Aufgrund methodischer Änderungen ist ein Vergleich der Ergebnisse mit den Vorjahren nicht möglich.

Quelle: Mediapulse AG Radiocontrol (Basis: Bevölkerung ab 15 Jahren, Mittelwert pro Tag (Mo–So))

Kulturverhalten

Der Besuch von Konzerten, Denkmälern und Kinos gehört zu den beliebtesten kulturellen Aktivitäten im Jahr 2008. In der Musik sind Pop und Rock die Lieblingsstile der Bevölkerung, gefolgt von klassischer Musik. Daneben wird privat viel Musik gehört, am häufigsten via Radio und Fernsehen. Die jungen Hörer setzen aber vermehrt auch MP3-Player ein. Junge Leute sowie Personen mit hohem Ausbildungsniveau und gutem Einkommen nutzen das kulturelle Angebot am ehesten; Geschlecht und Nationalität spielen hingegen kaum eine Rolle. Dafür werden kulturelle Aktivitäten eher in der Stadt und in der Agglomeration ausgeübt als auf dem Land.

Kulturausgaben

Im Jahr 2007 ging ein Viertel der gesamten öffentlichen Kulturausgaben des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, d. h. 579 Mio. Franken, an den Bereich «Theater, Konzerte». Für den Bereich «Museen» wurden 384 Mio eingesetzt. Dahinter folgten die Bereiche «Bibliotheken», «Massenmedien» (Printmedien, Filmwesen, Fernsehen, Radio usw.) und «Denkmalpflege und Heimatschutz» mit Beiträgen zwischen 230 und 260 Mio.

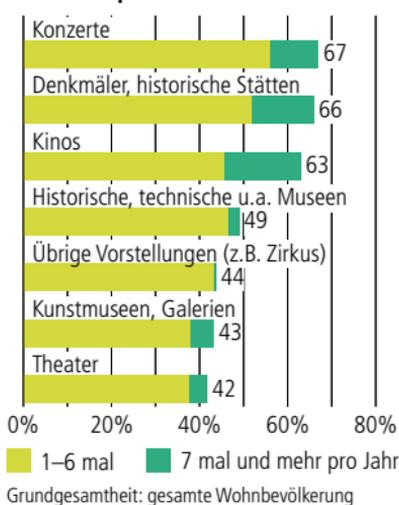
Kino: Angebotsvielfalt

Seit dem Höhepunkt 1964/65 (646 Kinos, rund 40 Mio. Eintritte) hatte die Zahl der Kinosäle und der Zuschauerinnen und Zuschauer bis Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich abgenommen. Ein Tiefstand wurde 1992/93 mit 302 Kinos und 15 Mio. Eintritten erreicht. Mit dem Entstehen von Kinokomplexen und Multiplexkinos hat sich die Zahl der Kinosäle seit 1993 wieder erhöht, nicht aber diejenige der Zuschauer (2009: 559 Säle und 15,3 Mio. Eintritte).

Auch das Filmangebot hat sich stark verändert. Anfang der 1980er Jahre wurden in der Schweiz jährlich gegen 3000 Filme vorgeführt, heute bewegt sich diese Zahl um 1400. Demgegenüber ist seit 2004 die Anzahl der Erstaufführungen kontinuierlich gestiegen (auf rund 400 pro Jahr).

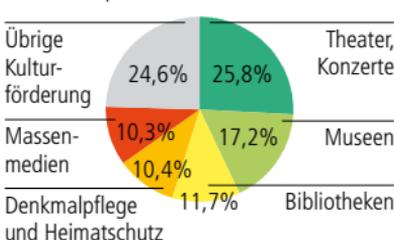
► www.statistik.admin.ch → Themen → Kultur, Medien, Informationsgesellschaft

Teilnahmequoten 2008



Verwendung der öffentlichen Ausgaben nach Kulturbereich 2007

Gemeinden, Kantone und Bund

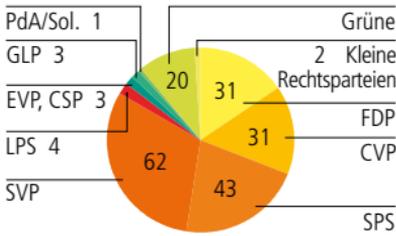


Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV)

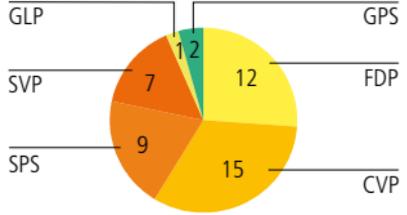
Das politische System

Die Schweiz ist seit 1848 ein Bundesstaat und besteht aus 26 Kantonen. Die Regierung (Bundesrat) ist eine Kollegialbehörde mit 7 Mitgliedern (ab 2009: 2 FDP, 2 SPS, 1 CVP, 1 SVP, 1 BDP). Ihre Wahl erfolgt durch das Parlament. Dieses besteht aus zwei Kammern: dem Nationalrat (Volksvertretung, 200 Sitze) und dem Ständerat (Kantonsvertretung, 46 Sitze). Ausserdem prägen weit gehende Volksrechte (Initiativ- und Referendumsrecht) und Volksabstimmungen das politische System der Schweiz.

Nationalrat 2007: Mandate



Ständerat 2007: Mandate



Nationalratswahlen 2007

Partei	Mandate	Parteistärke in %
FDP	31	15,8
CVP	31	14,5
SPS	43	19,5
SVP	62	28,9
LPS	4	1,9
Mitteparteien ¹	6	4,3
PdA/Sol.	1	1,1
Grüne ²	20	9,8
Kleine Rechtsparteien ³	2	2,5
Übrige	0	1,8

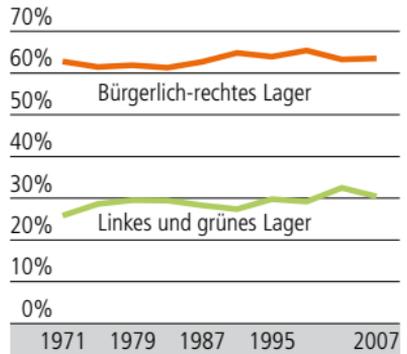
1 EVP, CSP, GLP

2 GPS, FGA

3 SD, EDU, FPS, Lega

Abkürzungen siehe unten

Parteipolitische Lager¹



1 Parteistärken bei den Nationalratswahlen

Nationalratswahlen 2007

Die Parteienlandschaft war während Jahrzehnten ausgesprochen stabil. Seit den 1990er Jahren vollzieht sich eine Umgruppierung und Differenzierung im bürgerlichen Lager. Die SVP konnte ihren Wähleranteil fast verdreifachen und ist nun klar die stärkste Partei. Ihre Gewinne gingen auf Kosten der kleinen Rechtsparteien, sowie der anderen bürgerlichen Bundesratsparteien FDP und CVP.

Bei den jüngsten Wahlen konnten die Gewinne der Grünen die Verluste der SPS nicht wettmachen, so dass das links-grüne Lager insgesamt leicht geschwächt wurde. Es ist aber immer noch stärker als vor 20 Jahren.

Abkürzungen der Parteien

FDP Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

CVP Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz

SPS Sozialdemokratische Partei der Schweiz

SVP Schweizerische Volkspartei

LPS Liberale Partei der Schweiz

BDP Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz

EVP Evangelische Volkspartei der Schweiz

CSP Christlichsoziale Partei

GLP Grünliberale Partei

PdA Partei der Arbeit der Schweiz

Sol. Solidarität

FGA Feministische und grün-alternative Gruppierungen

GPS Grüne Partei der Schweiz

SD Schweizer Demokraten

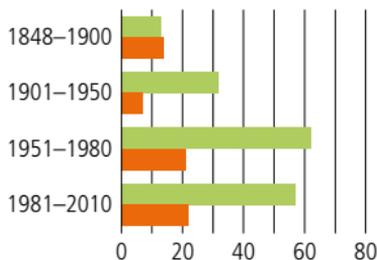
EDU Eidgenössisch-Demokratische Union

FPS Freiheits-Partei der Schweiz

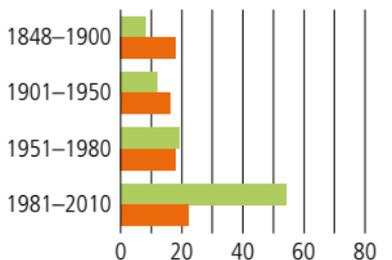
Lega Lega dei ticinesi

Eidgenössische Volksabstimmungen

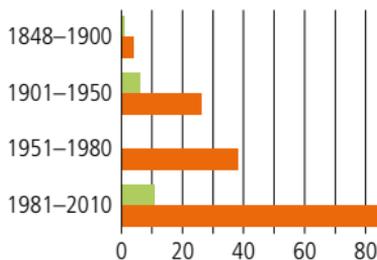
Obligatorische Referenden¹



Fakultative Referenden



Volksinitiativen²

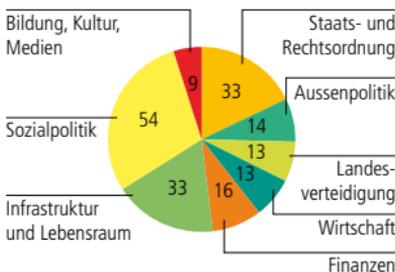


■ Angenommen ■ Verworfen

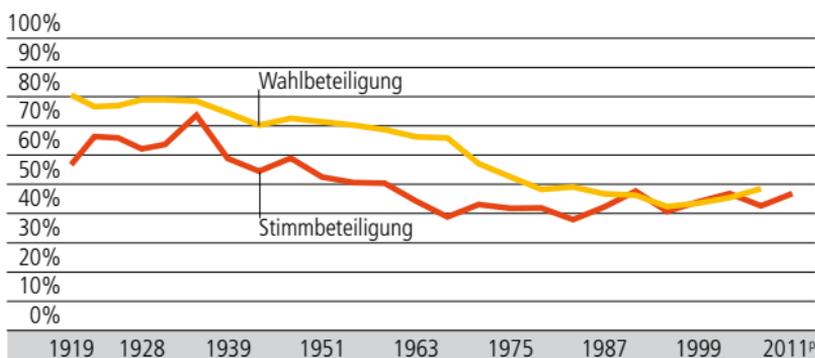
1 Inkl. Gegenvorschläge zu Volksinitiativen

2 Inkl. Volksinitiativen mit Gegenvorschlag

Themen 1991–2010



Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen



Der stärkste Rückgang bei der Wahlbeteiligung war nach 1967 zu verzeichnen, eine Entwicklung, die nicht zuletzt auf die Einführung des Frauenstimmrechts zurückzuführen ist. Der Rückgang der Stimmbeteiligung ist von starken Ausschlägen geprägt, da sich die Stimmberechtigten je nach Abstimmungsthema sehr unterschiedlich mobilisieren lassen. So belaufen sich die Extremwerte seit 1990 auf 28% und 79%. Ab der Jahrtausendwende hat sich die Beteiligung sowohl an Wahlen wie auch an Abstimmungen etwas stabilisiert und nimmt sogar wieder leicht zu.

Rechnungsabschlüsse der öffentlichen Haushalte

in Milliarden Franken

	Einnahmen			Ausgaben			Überschuss		
	2000	2008	2009 ²	2000	2008	2009 ²	2000	2008	2009 ²
Total¹	157,3	190,2	197,9	147,6	187,0	188,9	9,6	3,1	8,9
Bund	52,0	64,2	68,1	48,2	64,2	58,7	3,8	0,1	9,4
Kantone	62,8	75,8	76,6	60,0	72,4	75,9	2,8	3,4	0,7
Gemeinden	42,1	41,4	41,8	40,6	41,2	42,4	1,5	0,2	-0,6
Sozialversicherungen	42,3	50,8	53,2	41,0	51,3	53,9	1,3	-0,5	-0,6

¹ Doppelzählungen im Total nicht enthalten

² Teilweise geschätzt

Schulden der öffentlichen Haushalte¹

in Milliarden Franken

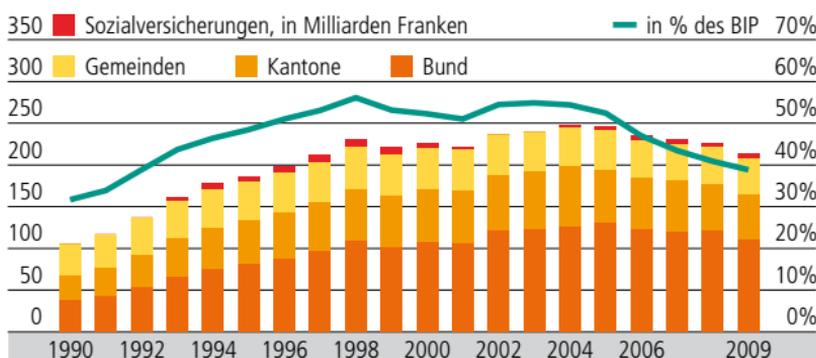
	1990	2000	2006	2007	2008	2009
Total	104,7	220,3	230,5	226,3	222,4	208,6
Bund	38,1	108,1	123,6	120,9	121,4	110,7
Kantone	29,2	63,1	62,0	60,8	56,1	54,8
Gemeinden	37,4	49,1	44,9	44,6	44,9	43,2
Sozialversicherungen	–	5,7	4,8	4,8	4,8	5,8

Pro Einwohner, in Franken ²	15 232	30 564	30 504	29 704	29 290	27 090
--	--------	--------	--------	--------	--------	--------

¹ Doppelzählungen im Total nicht enthalten

² Zu laufenden Preisen

Schulden der öffentlichen Haushalte

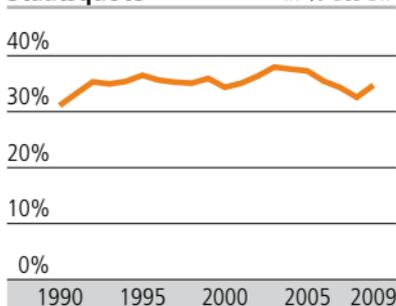


Die Staatsquote misst die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP). Sie beinhaltet die Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der öffentlichen Sozialversicherungen (AHV/IV/EO inkl. Mutterschaftsversicherung und ALV).

Trotz einem beträchtlichen Anstieg seit 1970 ist die Schweiz im internationalen Vergleich weiterhin sehr gut positioniert: Sie hat eine der niedrigsten Staatsquoten aller OECD-Länder. Die meisten europäischen Länder weisen eine deutlich höhere Quote auf.

Staatsquote

in % des BIP



Auch die Schuldenquote ist in der Schweiz verglichen mit den OECD-Ländern relativ tief. Sie ist jedoch zwischen 1990 und 2003 kontinuierlich angestiegen. Dank der bis Mitte 2008 andauernden konjunkturellen Erholung, der Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sowie verschiedener struktureller Massnahmen (u.a. Entlastungsprogramme, Schulden- und Ausgabenbremsen) vermochten die öffentlichen Haushalte seit 2005 ihre Bruttoschulden zu reduzieren. Die Schuldenquote sank Ende 2009 bis auf 38,8%.

Einnahmen der öffentlichen Haushalte 2008

nach Abzug der Doppelzählungen

	in %	in Mrd. Fr.
Total	100	190,2
Ordentliche Einnahmen	99,7	189,7
Betriebliche Einnahmen	94,0	178,7
Fiskalertrag	83,1	158,0
Regalien und Konzessionen	2,0	3,8
Entgelte	8,1	15,5
Verschiedene Erträge	0,1	0,2
Transferertrag	0,6	1,2
Finanzeinnahmen	4,5	8,6
Investitionseinnahmen	1,2	2,3
Ausserordentliche Einnahmen	0,3	0,5
Ausserordentlicher Ertrag	0,3	0,5
Ausserordentliche Investitionseinnahmen	0,0	0,0

Ausgaben der öffentlichen Haushalte, nach Funktionen 2008

nach Abzug der Doppelzählungen

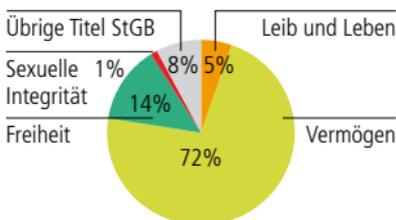
	in %	in Mrd. Fr.
Total	100	187,0
Allgemeine Verwaltung	7,8	14,5
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	7,5	14,0
Bildung	16,7	31,2
Kultur und Freizeit	2,6	4,8
Gesundheit	5,7	10,6
Soziale Sicherheit	36,2	67,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8,3	15,6
Umweltschutz und Raumordnung	3,1	5,9
Volkswirtschaft	6,9	12,9
Finanzen und Steuern	5,3	9,8

Kriminalitätszahlen sind nur bedingt ein direkter Ausdruck der Verhaltensrealität: Zum einen unterliegen strafrechtliche Normen und Massnahmen dem gesellschaftlichen Wandel. Zum anderen werden die Kriminalitätszahlen auch stark beeinflusst durch personelle Ressourcen, Verfolgungsprioritäten, die Effizienz von Polizei und Justiz und die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung. Wie weit Veränderungen in den Kriminalitätszahlen jeweils durch welche Ursachen bedingt sind, ist in der Regel schwer zu ermitteln.

Verzeigungen

Im Jahr 2009 wurden gesamtthaft 446 505 Kriminalfälle mit 676 309 Straftaten registriert. Von diesen Straftaten entfielen 82% auf das Strafgesetzbuch (StGB), 13% auf das Betäubungsmittelgesetz (BetmG), 4% auf das Ausländergesetz (AuG) und 1% auf weitere Bundesnebenengesetze. Die Aufklärungsquote lag bei Tötungsdelikten bei 88%, bei Vermögensstraftaten bei 17%. Die Aufschlüsselung der Beschuldigten nach Nationalität und Aufenthaltsstatus zeigt, dass im StGB-Bereich 52%, im BetmG 59% und bei den übrigen Bundesnebenengesetzen 62% schweizerischer Staatszugehörigkeit waren. Ausländer mit Wohnsitz machten 29%, 21% und 22% der Beschuldigten aus, was bedeutet, dass ein gewichtiger Teil der Ausländerdelinquenz «importiert» ist, nämlich 19% (StGB), 20% (BetmG) und 15% (übrige). Im Bereich des Ausländergesetzes machten die nicht wohnhaften Beschuldigten 82% aus.

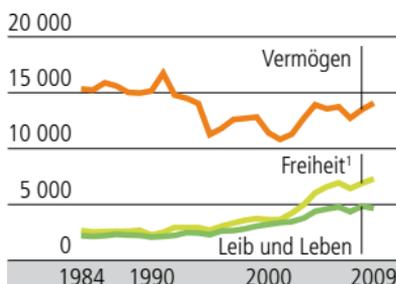
Straftaten nach Titeln des Strafgesetzbuches 2009



Verurteilungen

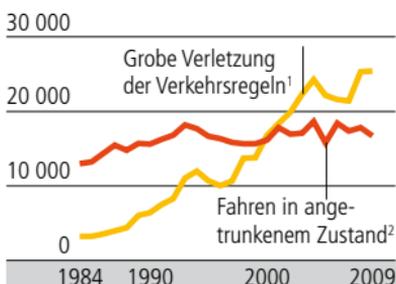
Wurden Mitte der 1980er Jahre gesamthaft etwas über 45 000 Verurteilungen gegen Erwachsene gezählt, so hat sich deren Zahl verdoppelt und liegt seit 2005 bei rund 90 000. Die Entwicklung läuft je nach dem den Verurteilungen zu Grunde liegendem Gesetz sehr unterschiedlich. Im Bereich des StGB blieben die Verurteilungszahlen seit 2005 stabil, während beim Strassenverkehrsgesetz (SVG) über eine längere Zeit betrachtet die immer intensiveren Strassenverkehrskontrollen zu mehr abgeurteilten Fällen führten. Im Betäubungsmittelbereich ist die Lage seit einigen Jahren stabil, wie auch im Bereich der abgeurteilten Verstösse gegen das Ausländergesetz.

Ausgewählte Straftaten StGB



1 Drohung, Nötigung, Menschenhandel, Freiheitsberaubung und Entführung, Geiselnahme, Hausfriedensbruch

Ausgewählte Straftaten SVG

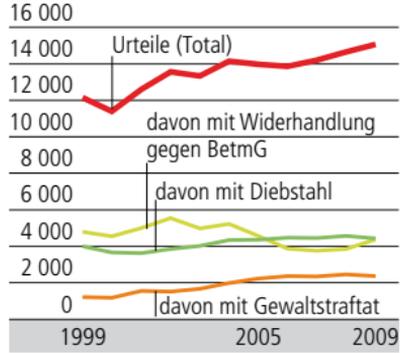


1 Art. 90 Ziff. 2 SVG

2 Mit qualifizierter Blutalkoholkonzentration (Art. 91 Abs.1 2^{er} Satz SVG)

Jugendstrafurteile

Die Entwicklung der Jugendstrafurteile zeigt eine steigende Tendenz (1999 bis 2008: +20%), wobei die Anzahl der Drogenfälle eher rückläufig ist, die des Diebstahls und die im Allgemeinen minderschweren Gewaltdelikte im Anstieg begriffen sind. Auch hier kann davon ausgegangen werden, dass weniger die zunehmende Straffälligkeit der Jugendlichen Grund für den Anstieg der Fallzahlen ist, sondern verstärkte Kontrolle.

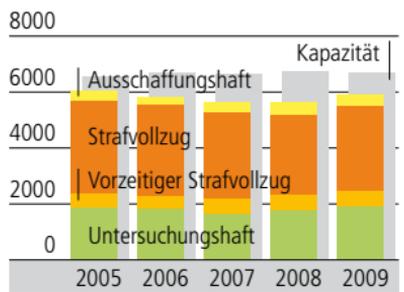


Freiheitsentzug

In der Schweiz gab es 2009 114 (meist kleinere) Einrichtungen des Freiheitsentzugs mit insgesamt 6683 Plätzen. Am Stichtag, dem 2. September 2009, waren 6084 Plätze belegt. Somit lag die gesamte Belegungsrate bei 91%.

Von den 6084 Insassen waren 59% im Strafvollzug, 31% in Untersuchungshaft, 7% wegen Zwangsmassnahmen nach dem Ausländergesetz und die übrigen 3% aus anderen Gründen inhaftiert. Mit wenigen Ausnahmen waren die Einrichtungen des Freiheitsentzugs in der Schweiz nicht überbelegt.

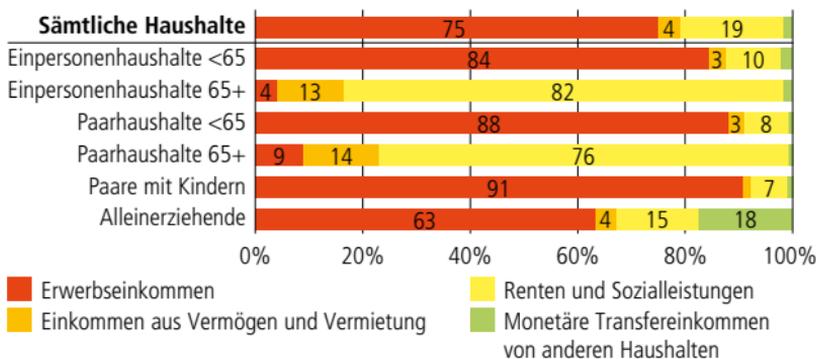
Insassenbestand nach Haftform



Rückfall

Die Wiederverurteilungsrates der 2004 wegen Verbrechen und Vergehen Verurteilten lag, bei einem Beobachtungszeitraum von 3 Jahren (d.h. bis 2007), bei 23%, diejenige von Jugendlichen bei 33%. Die höchsten Wiederverurteilungsrates hatten Personen mit zwei und mehr Vorstrafen, nämlich bei den Erwachsenen 57% und bei den Jugendlichen 62%.

Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Haushaltstyp 2006–2008



Haushaltsbudget: Einkommen

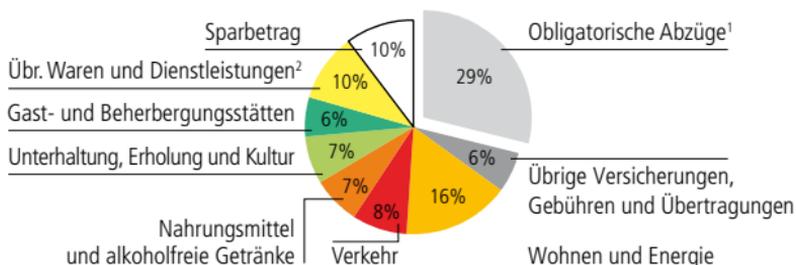
Über sämtliche Haushalte gemittelt stellen die Erwerbseinkommen mit 75% den Hauptpfeiler des Haushaltseinkommens dar. Der zweite wichtige Pfeiler bilden die Renten aus der 1. und 2. Säule sowie weitere Sozialleistungen mit über 19%. Die restlichen Anteile bilden Vermögenseinkommen sowie Übertragungen von anderen Haushalten. Das Bild wird differenzierter, wenn die Zusammensetzung des Haushaltseinkommens nach Haushaltstyp betrachtet wird. Dabei zeigt sich, dass beispielsweise bei Haushalten ab 65 Jahren die Renteneinkommen zwar dominieren, die Erwerbseinkommen und vor allem die Vermögenseinkommen aber eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Die Einkommen aus Überweisungen von anderen Haushalten schliesslich stellen nur bei spezifischen Haushaltstypen eine wichtige Einkommensquelle dar wie beispielsweise bei den Alleinerziehenden mit knapp 18%.

Haushaltsbudget: Ausgaben

Auf der Ausgabenseite variiert die Zusammensetzung weniger ausgeprägt. Den grössten Posten bilden mit knapp 29% des Bruttoeinkommens die obligatorischen Abzüge. Den grössten Posten im Bereich der Konsumausgaben bilden Ausgaben fürs Wohnen mit 16%. Weitere grössere Posten bilden die Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, für Verkehr sowie für Unterhaltung, Erholung und Kultur.

Nach Abzug sämtlicher Ausgaben bleiben im Durchschnitt rund 10% des Bruttoeinkommens als Sparbetrag übrig. Je nach Haushaltstyp zeigen sich hier aber deutliche Unterschiede. Haushalte ab 65 Jahren weisen im Durchschnitt einen tieferen Sparbetrag auf als jüngere. Manchmal liegt dieser sogar im Minus. Das heisst, diese Haushalte leben unter anderem vom Vermögen.

Zusammensetzung des Haushaltsbudgets 2006–2008

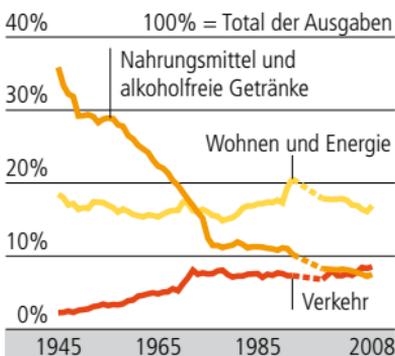


¹ Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Krankenkassengrundprämien, Transfers an andere Haushalte
² Abzüglich sporadische Einkommen

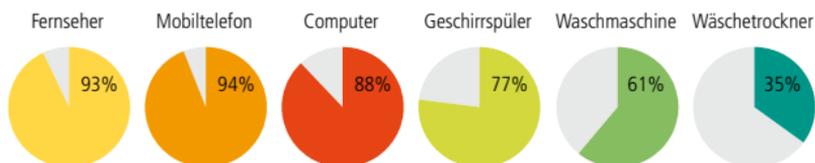
Die Haushaltsausgaben im Verlaufe der Zeit

Die Zusammensetzung der Haushaltsausgaben hat sich im Verlaufe der Zeit stark geändert. Diese Veränderungen sind deutlich grösser als die Unterschiede zwischen den Haushalten heute. So ist zum Beispiel der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke von 35% am Total der Ausgaben im Jahr 1945 auf 8% heutzutage zurückgegangen. Im Gegenzug hat der Anteil anderer Ausgaben zugenommen, wie zum Beispiel derjenige der Ausgaben für Verkehr von etwa 2% auf über 8%.

Entwicklung ausgewählter Haushaltsausgaben



Ausrüstung mit ausgewählten Konsumgütern 2008



Ausrüstung mit Konsumgütern

Die Darstellung der Ausrüstung mit einer Auswahl von dauerhaften Konsumgütern zeigt, dass Haushalte in der Schweiz im Bereich der Güter der Informationstechnologien recht gut ausgestattet sind. So leben 88% aller Personen in einem Haushalt, der über einen Computer verfügt, und 94% in einem mit Mobiltelefon. Diese Anteile sind nach wie vor im Steigen: im 1998 lebten erst 55% aller Personen in einem Haushalt mit Computer.

Auch im Bereich der Haushaltsgeräte wie Geschirrspüler, Waschmaschine und Wäschetrockner ist eine Zunahme zu beobachten. Während 2008 über 77% aller Personen in einem Haushalt mit Geschirrspüler leben, waren es 1998 erst 61%.

Materielle Entbehrungen

Ein dauerhaftes Konsumgut nicht zu besitzen, bedeutet nicht zwingend, dass aus finanziellen Gründen darauf verzichtet wurde. 2009 mussten lediglich 1,2% der in der Schweiz wohnhaften Personen aufgrund ihrer finanziellen Situation auf einen Computer verzichten; bei den Autos für den Privatgebrauch betrug dieser Anteil 4,4%. Am häufigsten waren materielle Entbehrungen aufgrund mangelnder finanzieller Reserven: 22% der Personen in einem Privathaushalt waren nicht in der Lage, eine unerwartete Ausgabe in der Höhe von 2000 Franken zu tätigen. Es folgen die Entbehrungen in Zusammenhang mit der Wohnsituation: 18% der Bevölkerung lebten in einem zu lärmigen Quartier, 12% in einem von Kriminalität belasteten Quartier und 11% in einem Quartier mit Umweltbelastungen.

Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung

Die Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung werden auf der Basis des verfügbaren Äquivalenzeinkommens analysiert. Dieses wird berechnet, indem die obligatorischen Ausgaben vom Bruttoeinkommen des Haushalts abgezogen werden und das sich daraus ergebende verfügbare Einkommen durch die Äquivalenzgrösse des Haushalts dividiert wird. Das verfügbare Äquivalenzeinkommen ist demnach ein Index für den Lebensstandard der einzelnen Personen, unabhängig davon, in welchem Haushaltstyp sie wohnen.

Im Jahr 2009 war das verfügbare Äquivalenzeinkommen der wohlhabendsten Personen (20% der Bevölkerung) 4,4-mal höher als jenes der am schlechtesten gestellten Personen (20%).

Finanzielle Armutsgefährdung

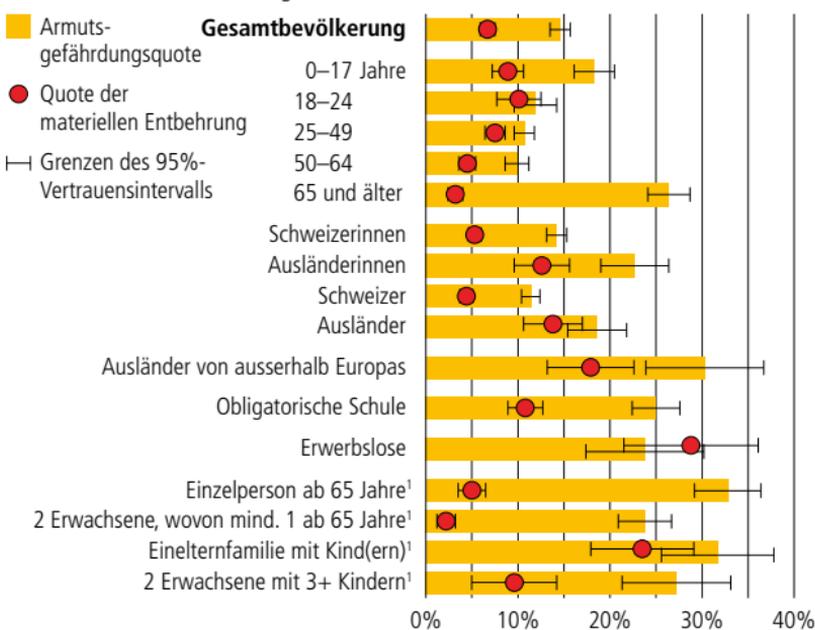
Vereinbarungsgemäss setzt die Europäische Union die Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des Medians des verfügbaren Äquivalenzeinkommens an. Armut wird somit als eine Form der Ungleichheit betrachtet: Ob eine Person als armutsgefährdet gilt, hängt also nicht allein von ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation ab, sondern auch von jener der anderen Personen im entsprechenden Land.

Zur Veranschaulichung: Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2009 bei 28 700 Franken pro Jahr für eine Einzelperson und bei 60 270 Franken pro Jahr für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren.

Im Jahr 2009 waren 14,6 Prozent der in der Schweiz lebenden Bevölkerung armutsgefährdet, d.h. fast jede siebte Person. Zu den am stärksten armutsgefährdeten sozialen Gruppen gehören Personen in Einelternfamilien oder kinderreiche Familien, 65-Jährigen und Älteren, insbesondere wenn sie alleine leben, Erwachsene ohne nachobligatorische Ausbildung, Erwerbslosen, ausländische Staatsangehörige – insbesondere jene aus dem aussereuropäischen Raum sowie ausländische Frauen, ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit – und schliesslich Kinder von 0 bis 17 Jahren.

Armutsgefährdung und materielle Entbehrungen 2009

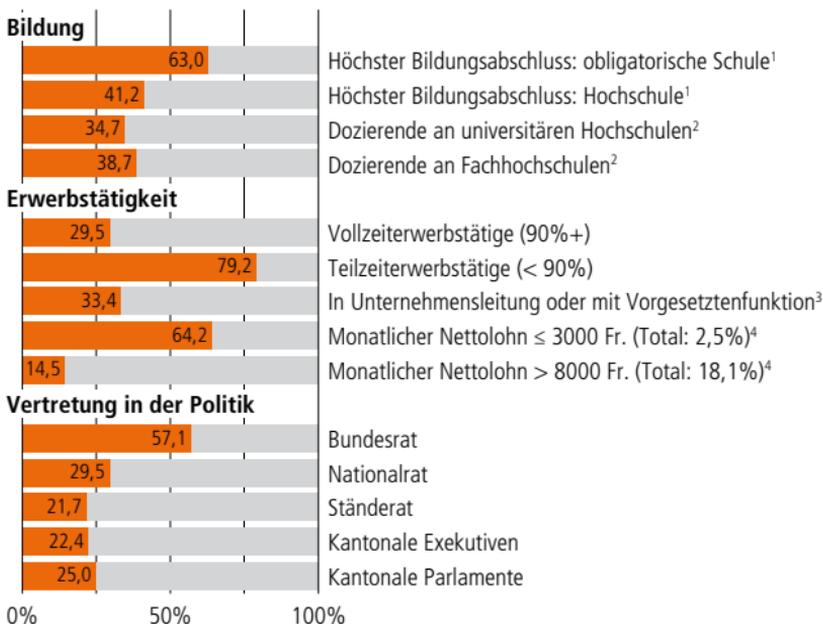
nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen



¹ Personen in einem Haushalt, der diese Merkmale aufweist

Kennzahlen zur Gleichstellung von Frau und Mann

Frauenanteil in % (letzter verfügbarer Stand 2007–2010)



1 25- bis 64-jährige Wohnbevölkerung

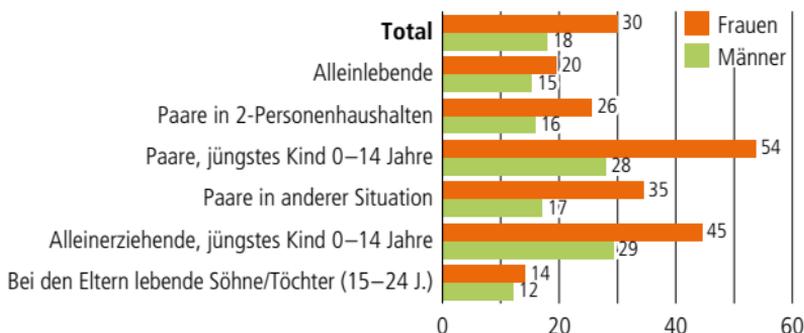
2 Professorinnen, übrige Dozentinnen, Assistentinnen und wiss. Mitarbeiterinnen

3 Arbeitnehmende

4 Vollzeitarbeitnehmende, privater und öffentlicher Sektor (Bund)

Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit 2007

Durchschnittliche Stunden pro Woche



Beteiligung an Freiwilligenarbeit 2007

in % der Wohnbevölkerung

	Frauen	Männer		Frauen	Männer
Informell	26,3	15,2	Institutionell	20,1	27,9
Verwandte Kinder betreuen	8,2	3,7	Sportvereine	5,0	11,4
Pflege von erwachsenen Verwandten	1,8	0,6	Kulturelle Vereine	3,9	5,8
Andere Dienstleistungen für Verwandte	3,5	3,0	Sozial-karitative Organisationen	4,4	2,7
Bekannte Kinder betreuen	7,4	1,8	Kirchliche Institutionen	4,3	2,7
Pflege von erwachsenen Bekannten	1,5	0,5	Interessenvereinigungen	3,0	5,1
Andere Dienstleistungen für Bekannte	6,8	6,6	Öffentliche Dienste	1,3	3,1
Anderes	0,3	0,2	Politische Parteien, Ämter	1,0	2,3

► www.statistik.admin.ch → Themen →

Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung

Sind wir auf dem richtigen Weg?

1 Bedürfnisdeckung – wie gut leben wir heute?

Die Lebenserwartung in guter Gesundheit steigt	+	Die Gewaltdelikte nehmen zu	-
Das Einkommen steigt nicht	n	Die Erwerbslosigkeit nimmt zu	-

2 Gerechtigkeit – wie sind die Ressourcen verteilt?

Die öffentliche Entwicklungshilfe nimmt zu	+	Die Löhne von Männern und Frauen gleichen sich zögerlich an	+
--	---	---	---

3 Kapitalerhaltung – was hinterlassen wir unseren Kindern?

Die Lesefähigkeit von Jugendlichen verändert sich kaum	n	Die Anzahl Beschäftigter in Wissenschaft und Technik nimmt zu	+
Die Verschuldung ist angestiegen	-	Die Brutvogelbestände schwanken	n
Der Investitionsanteil am Bruttoinlandsprodukt stagniert	n	Die Siedlungsfläche nimmt zu	-

4 Entkoppelung – wie effizient nutzen wir die Ressourcen?

Der Güterverkehr wächst stärker als die Wirtschaft	-	Der Endenergieverbrauch pro Kopf stagniert	n
Der Anteil des öffentlichen Verkehrs nimmt zu	+	Die Materialintensität schwankt	n

Beurteilung der Entwicklung seit 1990:

 Positiv (in Richtung Nachhaltigkeit)	 Neutral	 Negativ (weg von der Nachhaltigkeit)
--	---	--

In den meisten Lebensbereichen sind Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung vorhanden, gleichzeitig aber auch gegenläufige Trends feststellbar. So konnten in einigen Bereichen Verbesserungen hinsichtlich Ökoeffizienz erzielt werden, doch wurden diese oft durch Konsumsteigerungen kompensiert.

Eine weitere Ambivalenz zeigt sich darin, dass Verbesserungen innerhalb der Schweiz Verschlechterungen auf globaler Ebene gegenüberstehen.

Fraglich ist auch die Fairness zwischen den Generationen: Die relativ positive Beurteilung der aktuellen Lage könnte auf Kosten zukünftiger Generationen zustande kommen. Beispielsweise verfügen 16% der Jugendlichen über nicht einmal grundlegende Lesekompetenzen. Und der Siedlungsflächenzuwachs geht grösstenteils auf Kosten von wertvollem Kulturland.

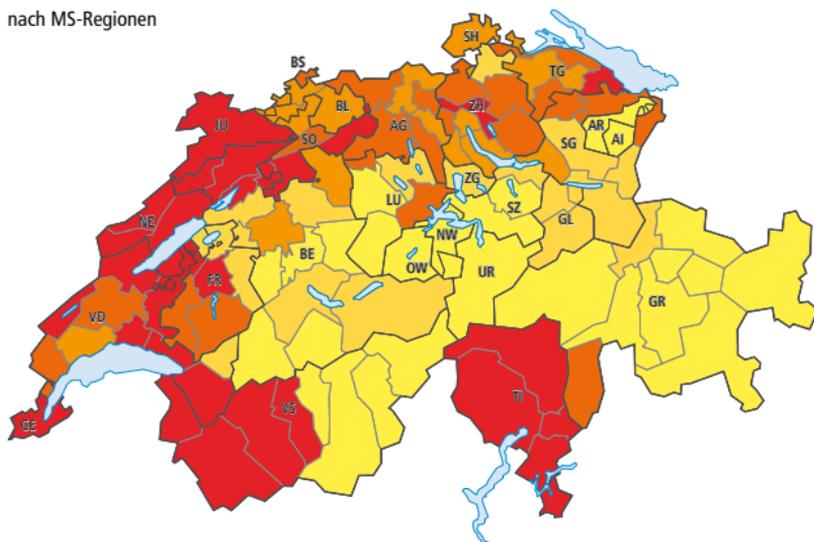
Der **ökologische Fussabdruck** misst die Nutzung der natürlichen Ressourcen und veranschaulicht die Knappheit des Umweltkapitals. Der Fussabdruck pro Person in der Schweiz ist zurzeit dreimal grösser als die weltweit pro Person durchschnittlich verfügbare Biokapazität. Die Hauptursache für den grossen Fussabdruck ist der Energieverbrauch.

Global gesehen ist die wirtschaftliche Entwicklung oft mit zunehmendem Umwelt- und Ressourcenverbrauch verbunden. Das heisst: Je höher das Volkseinkommen eines Landes, desto grösser dessen Fussabdruck. Der schweizerische Fussabdruck liegt im Durchschnitt der meisten westeuropäischen Länder. Die nordamerikanischen und einige europäische Länder verbrauchen pro Person bis zu 4,5mal mehr Ressourcen als weltweit pro Person zur Verfügung stehen. Südostasien und Afrika konsumieren pro Person deutlich unter dem Weltdurchschnitt.

Vielfalt und regionale Unterschiede – gleich Disparitäten – gehören zu jeder arbeitsteiligen Gesellschaft. Sie sind von grundsätzlichem Interesse für alle Bürgerinnen und Bürger, Politik und Wirtschaft. Wo arbeiten in der Schweiz viele Beschäftigte in High-Tech-Branchen? In welchen Regionen herrscht eine grosse Jugendarbeitslosigkeit? Je nach betrachtetem Merkmal und Sichtweise können regionale Disparitäten positiv als Beitrag zur Vielfalt oder negativ als gegenläufig zum Zusammenhalt eines Staates bewertet werden. Das BFS hat ein Set von Schlüsselindikatoren entwickelt, das die regionalen Disparitäten der Schweiz in neun Themenbereichen analysiert.

Jugendarbeitslosigkeit 2009

nach MS-Regionen

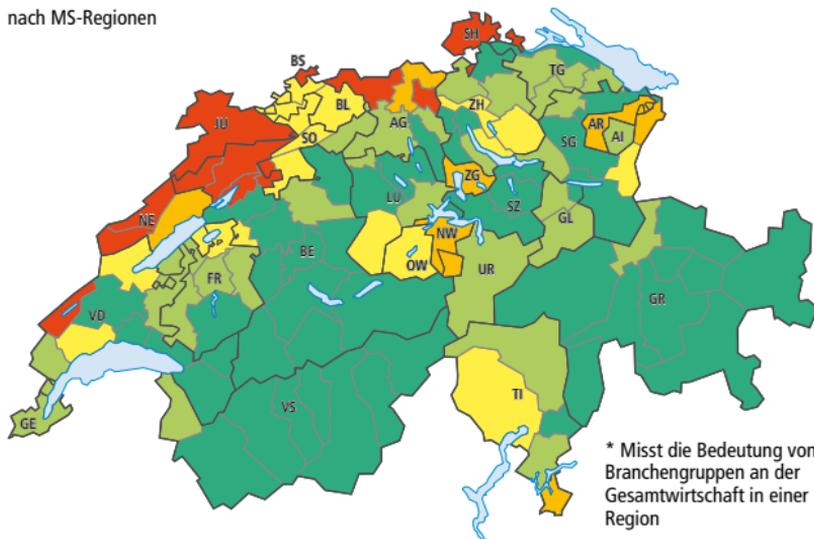


Anteil der 15–24-jährigen Arbeitslosen an allen 15–24-jährigen Erwerbspersonen, in %



Standortquotient «High-Tech» 2008

nach MS-Regionen

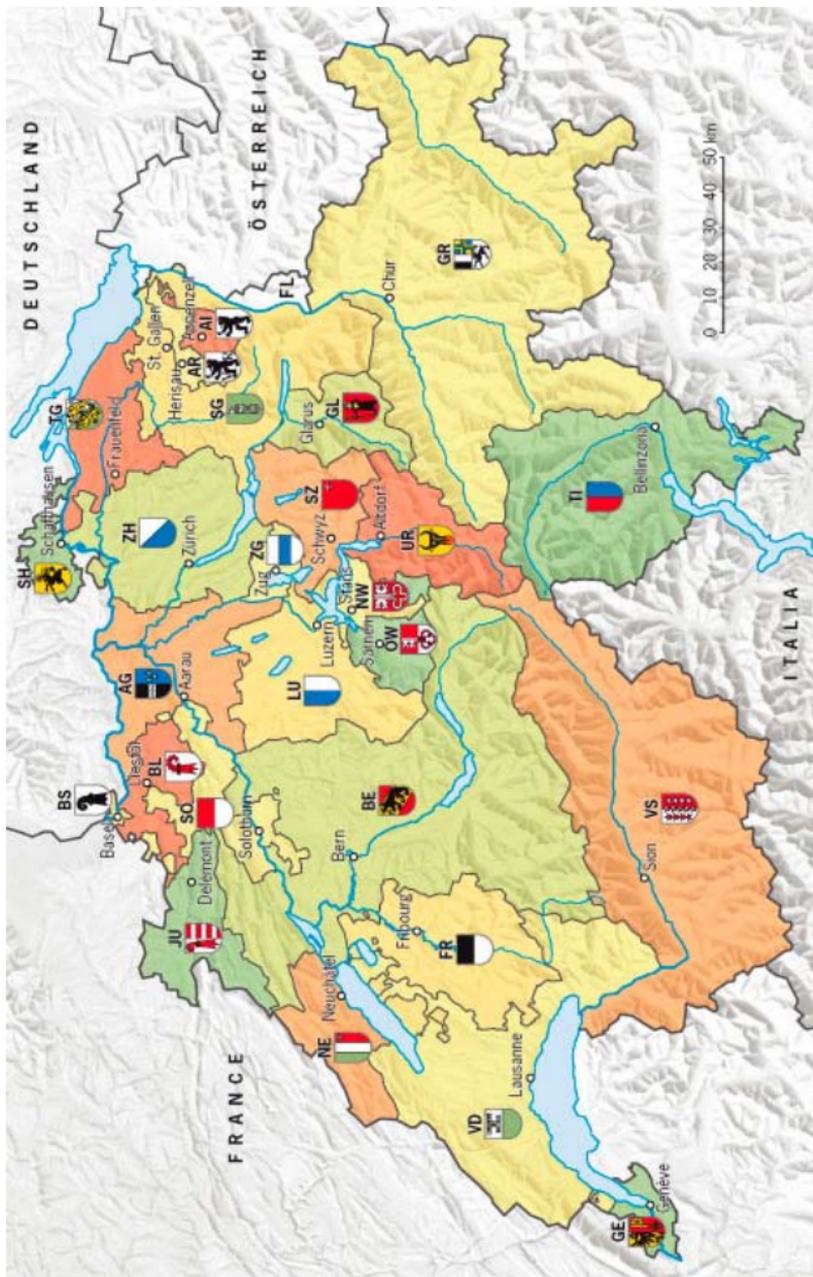


Standortquotient* (Durchschnitt = 1)



* Misst die Bedeutung von Branchengruppen an der Gesamtwirtschaft in einer Region

Die Schweiz und ihre Kantone



26 Kantone
147 Bezirke
2551 Gemeinden
Stand 1.1.2011
o. Kantonshauptort
Kantonsabkürzungen vgl. Tabelle Seite 4

Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2011 inkl. CD-ROM



Das Statistische Jahrbuch ist das Standardwerk der Schweizer Statistik. Es vermittelt ein umfassendes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Schweiz und bietet nebst Tabellen illustrierte Übersichten zu allen Themen der öffentlichen Statistik. Das Werk ist durchgängig zweisprachig deutsch und französisch; in englischer und italienischer Sprache wird zudem ein Querschnitt mit den wichtigsten statistischen Informationen angeboten. Die dem Jahrbuch beigelegte CD-ROM enthält den Inhalt des Jahrbuchs 2011, ergänzt durch zahlreiche regionalstatistische und weitere zusätzliche Tabellen, sowie zwei interaktive statistischen Atlanten: den Stat@las Schweiz sowie den Stat@las Europa, einen Atlas der europäischen Regionen.

Herausgegeben vom Bundesamt für Statistik. 568 Seiten (gebunden), Fr. 130.– (inkl. CD-ROM).

Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei NZZ Libro, dem Buchverlag der Neuen Zürcher Zeitung. E-Mail: nzz.libro@nzz.ch

Das **Portal Statistik Schweiz** (www.statistik.ch) ist das umfassende Online-Angebot der öffentlichen Statistik der Schweiz. Hier sind die Medienmitteilungen, Publikationen des BFS und weiterer öffentlicher Statistikstellen sowie laufend aktualisierte detaillierte Ergebnisse in Form von Indikatoren und herunterladbaren Tabellen verfügbar. Attraktive Karten und Atlanten finden sich in den Kapiteln «Regional» und «International». Mit der Abonnie rung des NewsMail-Dienstes oder von automatischen Benachrichtigungen (RSS-Feeds) können sich die Nutzer und Nutzerinnen über das breite Angebot auf dem Laufenden halten.

Mit dem Mini-Statistikportal <http://mobile.bfs.admin.ch> bietet das Bundesamt für Statistik seit 2010 die wichtigsten statistischen Zahlen auch für mobile Geräte an.

